

presente

Bulletin der Christlichen Initiative Romero 3/2010



EL SALVADOR
**Adoptiert:
So nah, so fremd**



Die große Gier
Für Rohstoffe müssen
Menschen weichen

Liebe Leserinnen, liebe Leser, liebe Freundinnen und Freunde!

Es war für uns ein ereignisreicher Sommer. Und das nicht nur, weil unsere Kampagne zu Arbeitsbedingungen in der Produktion von Outdoor-Bekleidung wochenlang für Schlagzeilen gesorgt hat. Parallel zur Berlin Fashion Week fand im Juli die internationale Modemesse thekey.to statt. Die Christliche Initiative Romero war Sponsorin des dreitägigen Ereignisses zu Aspekten grüner Mode, nachhaltigen Lifestyles und alternativer Kultur.

Auf dem abwechslungsreichen Programm der thekey.to standen unter anderem eine Modenschau, auf der zahlreiche namhafte DesignerInnen der ökologischen Modewelt vertreten waren, aber auch eine Podiumsdiskussion mit dem provokativen Titel „Mit grüner Mode retten wir die Welt“. Das Symposium wurde gemeinsam von thekey.to und der Christlichen Initiative Romero veranstaltet.

Die Leitfrage, ob man mit grüner Mode die Welt retten könne, sorgte im Publikum für gespanntes Zuhören. Während Philipp Gloeckler, Geschäftsführer eines Online-Marktplatzes für nachhaltige Produkte, sie mit einem klaren Nein beantwortete, stellte Robert Hertel, Geschäftsführer des Hanftextilherstellers HempAge, fest, dass grüne Mode durch das Vermeiden von Pestiziden sogar Menschenleben rette. Mark Stermanns, Dozent an der Universität

Zürich mit einem Arbeitsschwerpunkt auf Unternehmensverantwortung in der Bekleidungsindustrie, wollte nicht von Weltrettung sprechen, machte aber deutlich, dass der Kauf sozial und ökologisch nachhaltiger Textilien ein Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen weltweit sei.

Deutlich wurde nicht zuletzt aber auch, dass bewussteres Konsumverhalten allein nicht ausreicht. Besonders Stermanns betonte, dass KonsumentInnen politisch aktiver sein und ihre Macht gezielt nutzen sollten, um Druck auf Firmen auszuüben – gleichsam als Bestätigung dessen, was wir in der Ausgabe 1/2010 von *presente* zum Thema „Ethischer Konsum“ geschrieben hatten.

Die aktuelle Ausgabe von *presente* rückt die Rohstoffstrategien Deutschlands und Europas in den Mittelpunkt – und zeigt auf, welche Konsequenzen diese Politik für die Länder Mittelamerikas hat. Davon, dass es höchste Zeit für eine alternative Rohstoffstrategie von unten sei, schreibt hierbei unser Gastautor Peter Fuchs im Eröffnungsbeitrag. Die verheerenden Folgen der offiziellen Ressourcenpolitik, aufgefächert in den Folgetexten, geben ihm nur allzu recht.

Eine anregende Lektüre wünscht

Ihr CIR-Team

Thema

- 4 Peter Fuchs**
GLOBALER WETTLAUF
 Die Rohstoffstrategie Deutschlands und der EU
- 8 Alexander Debusman**
DES LEBENS NICHT SICHER
 Bergbau in Mexiko: Die üblen Machenschaften von Fortuna Silver
- 11 Ulf Baumgärtner**
LAND DES GOLDES
 Zur Kasse bitte: El Salvador wird von einem kanadischen Minenunternehmen verklagt
- 15 Albrecht Schwarzkopf**
EIN TÄUSCHENDES METALL
 Gold weckt die Gier: Im Hochland Guatemalas wird Gold abgebaut. Auf Kosten Indigener.

Mittelamerika

- 20 Thomas Krämer-Broscheit**
NEUES LEBEN
 Es geht auch anders: Selbstbestimmt arbeiten in Nicaragua
- 22 André Hagel**
WEIL VIELES NOCH SO SCHWER WIEGT
 Jordan Anderson lernt seine Mutter kennen. Nach 21 Jahren.

- 25 Albrecht Schwarzkopf**
QUELLE DES GELDES – UND DES STREITS
 Wo Öl sprudelt, hat es die Ökologie nicht leicht: Über die Konzessionsverlängerung eines Ölfeldes im Nationalpark Laguna del Tigre

Infodienst

- 27 Sandra Dusch Silva**
DIE TOTEN KLAGEN AN
 Der Elektronikriese Foxconn, ein Partner der Metro-Gruppe, tritt Arbeitsrechte mit Füßen
- 29 Johanna Fincke**
SCHWEIGEN IM BESCHAFFUNGSWALD
 Der Wille ist da, aber an der Umsetzung hapert es. Eine Umfrage hat ergeben: Faire Beschaffung steht oft nur auf dem Papier.

Über uns

- 33 Dr. Thomas Bröcheler**
FINANZBERICHT 2009
 Die Christliche Initiative Romero in Zahlen

Rubriken

- 34 ÜBER UNS**
35 BESTELLSCHEIN



Herausgeberin:
 Christliche Initiative Romero (CIR)
 Breul 23
 D-48143 Münster
 Tel.: 02 51-89 503
 Fax: 02 51-82 541
 cir@ci-romero.de
 www.ci-romero.de

Redaktion: Jolanta Cabanski,
 Thomas Krämer-Broscheit,
 Johanna Fincke, Albrecht
 Schwarzkopf, Maik Pflaum,
 Sandra Dusch Silva, André
 Hagel (V.i.S.d.P.), Kirsten Clodi-
 us, Thomas Adisorn, Joana Eink

Beirat:
 Johann Baptist Metz,
 Helmut Frenz,
 Norbert Greinacher

Druck: Kleyer-Druck,
 September 2010
Layout: Johanna Fincke
Titelbild: Bernd
 Eidenmüller / FIAN

Spenden an die CIR
 Konto 3 11 22 00
 DKM Darlehnskasse Münster
 BLZ 400 602 65
 IBAN DE67 4006 0265 0003 1122 00

Deutsches
 Zentralinstitut
 für soziale
 Fragen/DZI



DZI Spenden-Siegel:
 Geprüft • Empfohlen



Globaler Wettlauf

Das Thema Ressourcen steht auf der politischen Agenda ganz oben. Wie sehen die Rohstoffstrategien Deutschlands und der EU aus? Welche Ziele werden angestrebt? Und was bedeutet dies für Mittelamerika?

TEXT: PETER FUCHS

Rohstoffe sind wieder begehrt. Plötzlich scheinen sie nicht mehr unendlich und billig. Sondern knapp, teuer und umkämpft. BörsianerInnen starten Rallyes auf Gold, Weizen, Uran oder seltene Metalle. Medien berichten von Lithium-Funden in Bolivien oder über wiedergefundene US-Verzeichnisse zum Rohstoffreichtum Afghanistans. Und im-

des Reiches der Mitte rufen auch hierzulande IndustrievertreterInnen nach mehr staatlicher Rohstoffpolitik. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) unterstreichen immer wieder ihre rohstoffpolitische Unterstützung der Industriewünsche. Und sie drängen auf EU-Ebene zu einem gemeinsamen rohstoffpolitischen Vorgehen.

Auch in der entwick-
lungspolitischen
Szene rückt das
Thema wieder
nach oben. Im
Herbst dieses
Jahres wollen
deutsche Nicht-

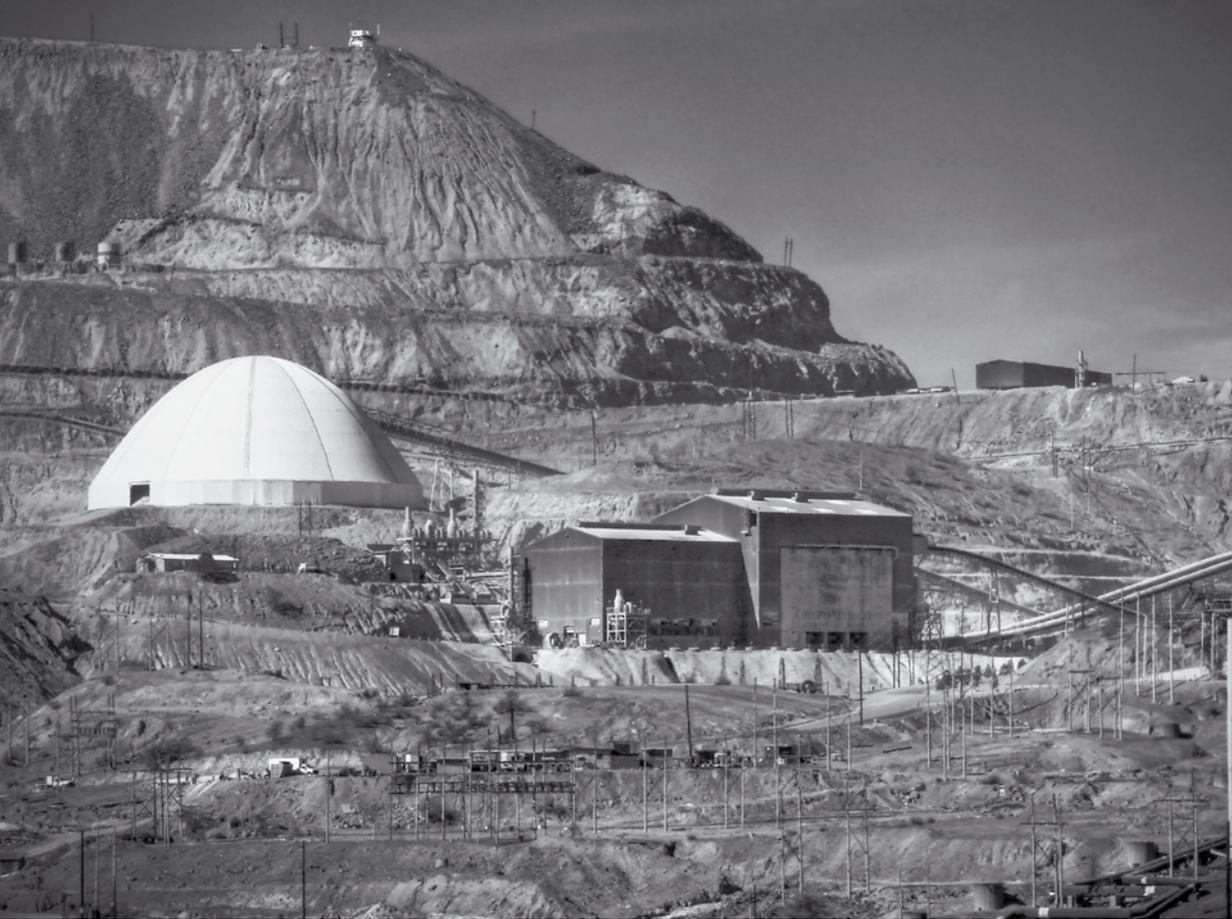
regierungsorganisationen
erstmals gemeinsame Eckpunkte
einer alternativen Rohstoffstrategie
vorstellen. Zu Recht! An vielen
Orten der Welt, dort wo der Roh-
stoffabbau stattfindet, ist die enorme
Bedeutung des Themas sowieso nie
vergessen worden. Hier ist die soziale,
ökologische und ökonomische Brisanz
der Ressourcenwirtschaft alltägliche
Realität. Denn allzu häufig bringt der
Rohstoffsektor den Menschen vor Ort
erbärmliche Arbeitsbedingungen, Ar-
mut, Vertreibung, Krankheit, Konflikte
– bisweilen sogar den Tod. Nur wenige,



„Nein zum
Bergbau“:
Protest gegen
Konzernvor-
haben

mer
wieder
taucht als
Schlüssel-
land des
derzeitigen
Wettlaufes
um Rohstoffe
eine große, meist
sehr bedrohlich
dargestellte Macht
auf: China.

Angesichts der
entschlossenen
Ressourcenpolitik



meist noch weit entfernt beheimatete multinationale Unternehmen werden reich. Die GigantInnen unter den Rohstoffkonzernen kommen dabei nicht aus Deutschland – sie sind eher aus England, Australien, Kanada, Brasilien, den USA, der Schweiz, Russland oder eben China.

Die Suche nach Rohstoffen

Wie aber sehen vor diesem Hintergrund die Rohstoffstrategien Deutschlands und der Europäischen Union aus? Welche Ziele werden angestrebt? Welche Akteure prägen die Agenda? Und was bedeutet dies für die Beziehungen zu Latein- und Mittelamerika?

Die Bundesregierung hat ihren Ansatz im August 2010 bei der Vorstellung einer Konzeption für Lateinamerika und die Karibik in folgende Worte gefasst: „Lateinamerika ist ein

wichtiger Rohstoffexporteur. Dagegen ist Deutschland als rohstoffarmes Land und High-Tech-Standort stark von Importen abhängig, nicht nur bei Energierohstoffen, sondern auch bei nichtenergetischen Rohstoffen wie Metallen. (...) In Lateinamerika finden sich große Vorkommen an mineralischen Rohstoffen wie Eisen, Kupfer, Zinn und Lithium. So sind Chile und Peru die weltweit größten Produzenten von Kupfer. Knapp 60 Prozent der weltweiten Produktion von Lithium, das für die Herstellung von Lithium-Ionen-Akkus zum Beispiel für Elektroautos wichtig ist, kommt aus Lateinamerika. (...) Zudem wird die Rolle Lateinamerikas bei der Versorgung der Weltmärkte mit Erdöl und Erdgas weiter zunehmen. (...) Die Sicherung der Rohstoffversorgung liegt in Deutschland ebenso wie in den anderen europäischen Industrieländern

Der Goldrausch hat Geschichte: Mine in Mexiko





„Sehr gut, mein Lieber. Und wo investieren wir nun?“. Karikatur von Amigos de Tierra, Mexiko

primär in der Eigenverantwortung der Privatwirtschaft. Die Bundesregierung fördert die Industrie bei ihrem Engagement in Lateinamerika durch breite Unterstützung und Flankierung im Rahmen der Außenwirtschaftspolitik.“ Die Bundesregierung, heißt es in dem Papier weiter, „begleitet konkrete Vorhaben der Industrie beim Zugang zu Rohstoffen in Lateinamerika und leistet – soweit möglich – einzelfallbezogene Unterstützung“. Auch setze sie sich „für den Abbau von Barrieren beim Zugang zu Rohstoffen ein, um funktionierende Märkte und Wettbewerb zu garantieren“. Als Beispiele für solche Barrieren sieht die schwarz-gelbe Regierung „auf Seiten Lateinamerikas Exportsteuern, auf Seiten der EU hohe Außenzölle für nachwachsende Rohstoffe“.

Zwar spricht die Regierung zudem von der Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit der Ressourcennutzung und unterstützt die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI). Letztere wurde 2003 auf dem G8-Gipfel in Évian-les-Bains ins Leben gerufen, um die Korruption in rohstoffreichen

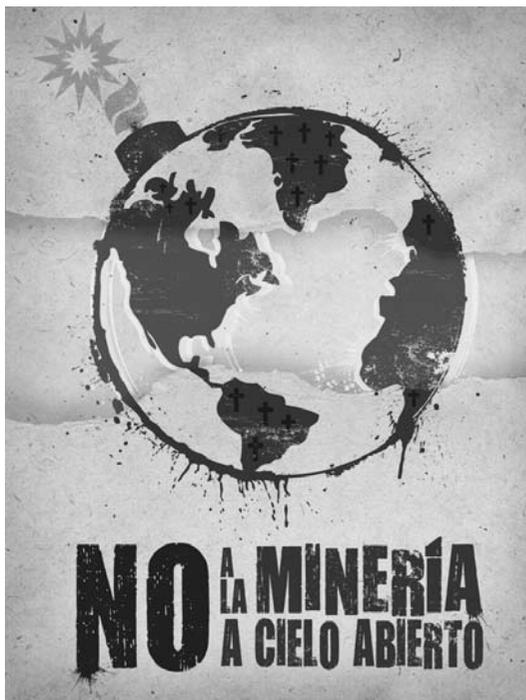
Entwicklungsländern zu bekämpfen. Im Kern aber geht es der deutschen Außenwirtschaftspolitik um Freihandel mit Rohstoffen und um das Wiedereintreten deutscher InvestorInnen in die Ressourcengewinnung.

Verbindliche Vorgaben für Rohstoffkonzerne hinsichtlich der sozialen, menschen- und arbeitsrechtlichen, ökologischen und ökonomischen Dimension ihres Agierens haben dabei genauso wenig Platz wie der jüngst vorgetragene, von Wirtschaftsminister Brüderle aber gleich scharf zurückgewiesene EU-Vorschlag zur Einführung einer Rohstoffsteuer. Der Überkonsum und ungerechte, weil nicht globalisierbare Ressourcenhunger Europas wird kein bisschen in Frage gestellt.

Der BDI mischt mit

Dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) wurde auf dessen Rohstoffkongressen 2005 und 2007 von Kanzlerin Merkel die enge Zusammenarbeit zugesichert. Gemeinsam wurde bis 2007 das Papier „Elemente einer deutschen Rohstoffstrategie“ erarbeitet. Für dessen praktische Umsetzung wurde unter anderem der Interministerielle Ausschuss Rohstoffe unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums eingerichtet, an dem auch der BDI regelmäßig mitwirkt. Im Herbst 2010 soll auf einem Kongress der Industrie die weiter ausgearbeitete deutsche Rohstoffstrategie vorgestellt werden. Bei all dem gilt: Eine aktive Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen wird vom Wirtschaftsministerium und der Wirtschaft entschieden abgelehnt. Schließlich, so die Begründung, gehe es um Industriepolitik.

Nicht anders das Bild auf Europäebene: EU-Vizepräsident Günter Verheugen (SPD) stellte im November



Die Kehrseite des Goldes: Anti-Mineralien-Plakat aus Costa Rica

zum EU-Mittelamerika-Abkommen im Mai dieses Jahres berichtete die europäische Generaldirektion Handel in ihrem jüngsten Fortschrittsbericht zur Umsetzung der EU-Rohstoffstrategie dann auch zufrieden, das Abkommen enthalte „ein generelles Verbot von Exportsteuern“; nur bei einigen Agrarexportsteuern Guatemalas und Costa Ricas seien noch Übergangsfristen eingeräumt worden.

Freihandelsstrategien

Fazit: Der Wettlauf der großen Volkswirtschaften um Ressourcen verschärft sich. Deutschland und die Europäische Union haben zusammen mit der Wirtschaft Rohstoffstrategien entwickelt und drängen außenwirtschaftspolitisch – auch gegenüber Mittelamerika – auf immer mehr Freihandel mit Ressourcen. Wirkliche zivilgesellschaftliche oder parlamentarische Beteiligung findet nicht statt. Entwicklungspolitische, menschen- und arbeitsrechtliche, soziale sowie ökologische Interessen bleiben marginal. Höchste Zeit also für eine alternative Rohstoffstrategie von unten. ■

2008 die Raw-Materials-Strategie der EU vor, die ebenfalls den „diskriminierungsfreien Zugang zu Rohstoffen auf dem Weltmarkt“ – sprich: Freihandel mit Ressourcen – als einen wichtigen Grundpfeiler nennt. Zuvor hatte bereits 2006 die Bundesregierung eine stärkere Berücksichtigung industrieller Rohstoffinteressen im Rahmen der handelspolitischen EU-Strategie „Global Europe“ durchgesetzt. Diese wird bis Ende 2010 überarbeitet, und dem Vernehmen nach wird gerade auch der Ressourcenaspekt nun noch höher gewichtet werden als bisher.

Ein zentrales Instrument zur Durchsetzung europäischer Rohstoffinteressen sind dabei die neuen bilateralen Freihandelsabkommen. Mit diesen versucht die EU weitreichende „WTO plus“-Ergebnisse etwa mit Korea, Indien, Peru, Kolumbien und auch Mittelamerika festzuschreiben. Über den Abschluss der Verhandlungen

Peter Fuchs ist Vorstand von PowerShift. Die Organisation setzt sich für eine ökologisch-solidarische Energie- und Weltwirtschaft ein. Infos hierzu gibt es unter www.power-shift.de. Das in dem Beitrag angeführte Regierungspapier findet sich unter www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Broschueren/LAK-Konzept.pdf.



Des Lebens nicht sicher

Im mexikanischen Oaxaca spaltet ein Goldbergbau-Vorhaben eine Gemeinde. GegnerInnen des Projektes geraten unter Druck – und in Lebensgefahr. So auch katholische Befreiungstheologen, die sich auf die Seite der Betroffenen gestellt haben.

TEXT: ALEXANDER DEBUSMAN

Dass im Kampf um Minenprojekte Menschenleben mitunter wenig gelten, ist seit dem vergangenen Sommer aus El Salvador nur allzu bekannt. Doch auch andernorts ist es gefährlich, gegen entsprechende Vorhaben Stellung zu beziehen: Im Konflikt zwischen multinationalen Bergbaukonzernen und der indigenen Bevölkerung im mexikanischen Oaxaca, welcher sich an dem in der Region geplanten Goldbergbau entzündet hat, sind zwei katholische Befreiungstheologen ins Kreuzfeuer geraten. In dem südlichen mexikanischen Bundesstaat veranstalten die Bergbaulobby und Mitglieder der ausgehenden Regierung von Gouverneur Ulises Ruiz mit Hilfe der von ihnen kontrollierten Medien eine Hetzjagd auf die beiden Pastoren Martín Octavio García Ortiz und Wilfrido Mayrén Peláez. Die beiden haben sich im Widerstand gegen Minen-

Tag und Nacht bebte der Boden, in den Häusern entstanden Risse, Brunnen versiegten.

projekte und im Kampf für die Rechte Indigener einen Namen gemacht. Das Menschenrechtszentrum Bartolomé Carrasco Briseño (BARC) fürchtet um ihre Sicherheit.

Die Tortur von Padre Martín Octavio García Ortiz nahm hierbei am 19. Juni dieses Jahres in dem Dorf San José del Progreso ihren Anfang, als er entführt und misshandelt wurde. Stunden zuvor waren in der Nähe des Ortes bei einem Zusammenstoß zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen der kanadischen Goldmine Fortuna Silver/Cuscatlán zwei Personen getötet und mehrere verletzt worden. Der Bürgermeister Oscar Venancio Martínez Rivera und sein Mitarbeiter Félix Misael Hernández, die beide für das Minenunternehmen arbeiteten, waren erschossen worden, als Einheimische versuchten, den Abtransport von Kies für den Ausbau einer Straße zu verhindern. Zwei Stunden später wurde Padre Martín



Die Bevölkerung Oaxacas protestiert: LehrerInnen für die Freilassung politischer Gefangener, Bauern mit Macheten gegen das Minenunternehmen Fortuna Silver. Der mexikanische Staat reagiert mit Spaltung und Repression.

auf seinem Weg zur Messe von Leuten aus der Gruppe um den Bürgermeister gekidnappt, brutal geschlagen und bis in die Nacht hinein misshandelt.

Parteiliche Polizei

Die Staatspolizei erreichte am Abend den Ort San José und fahndete nach den an der Schießerei Beteiligten. Dabei wurde Padre Martín zwar gefunden – aber nicht etwa befreit, sondern zusammen mit neun weiteren MinengegnerInnen festgenommen und nach Oaxaca gebracht. Nach 12 Tagen Haft wurde er auf Druck des Menschenrechtszentrums BARC freigelassen.

Der Widerstand gegen die 50 Kilometer südlich von Oaxaca-Stadt gelegene Gold- und Silbermine begann vor zwei Jahren, als die Explosionen unterirdischer Sprengarbeiten die BewohnerInnen der umliegenden zapotekischen Gemeinden aus dem Schlaf rissen. Tag und Nacht bebte der Boden, in den Häusern entstanden Risse, Brunnen versiegt. Mit Hilfe eines bestehenden Netzwerks um Padre Martín begannen sich die Betroffenen zu organisieren.

Bereits 2005 hatte das kanadische Bergbauunternehmen Continuum Resources in San José del Progreso Bodenproben vorgenommen, Schürferlaubnisse beantragt, einigen Parzellen-

inhaberInnen Land abgekauft und sich so für 30 Jahre die Nutzungsrechte für 200 Hektar Land gesichert. Die Rechtmäßigkeit ist äußerst zweifelhaft, da die Gemeindeversammlung einer Privatisierung ihrer kommunalen Besitztümer nie zugestimmt hat und die einzelnen Parzellen daher noch unveräußerliches Gemeindeland darstellen. 2008 wurde die Mine von dem in Vancouver ansässigen multinationalen Konzern Fortuna Silver aufgekauft, der seither aggressiv die Vorbereitungen für den Mitte nächsten Jahres vorgesehenen Goldabbau vorantreibt. Das Management des Konzerns, der auch an der Frankfurter Börse notiert ist und einen bedeutenden Anteil deutscher InvestorInnen hat, ist fest in den Händen der kanadisch-peruanischen Oligarchenfamilie Ganoza-Durant.

Blockade mit Gewalt geräumt

Alarmiert wegen der drohenden Vergiftung ihres Grundwassers durch die geplante Goldgewinnung, besetzten im März 2009 rund 100 Familien aus den umliegenden Gemeinden die Mine und legten für knapp zwei Monate die Spreng- und Bohrarbeiten lahm. Zwei Monate später räumten 1000 PolizistInnen unter Schlagstockeinsatz die Blockaden der BesetzerInnen.





Hoffnung für ein traumatisiertes Land Herbsttagung beleuchtet Perspektiven für El Salvador

El Salvador zählt zu den gewalttätigsten Ländern der Erde. Welche Handlungsräume hat die linke Regierung Funes im Kampf gegen Gewalt, Korruption und Armut? Wo sieht die salvadorianische Zivilgesellschaft Wege aus der Gewaltspirale?

Hierum dreht sich am 2. und 3. Oktober die Herbsttagung der Christlichen Initiative Romero in Kooperation mit der Akademie Franz-Hitze-Haus in Münster. Unter dem Motto „El Salvador zwischen Aufbruch und Gewalt – 30 Jahre nach der Ermordung von Erzbischof Romero“ beleuchten ReferentInnen aus Deutschland und El Salvador die Situation in dem mittelamerikanischen Land. Hierbei schlagen sie eine Brücke zu Oscar Romero, der weiterhin die Hoffnung auf eine bessere Zukunft des traumatisierten Landes symbolisiert.

Das Programm ist im CIR-Büro erhältlich. Hier ist auch eine Anmeldung möglich.

Inzwischen gelang es der Minengesellschaft mit Hilfe von Repression, Bestechungsgeldern und einer Reihe von absurden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, ein Drittel der BewohnerInnen San José auf ihre Seite zu bekommen und die Gemeinde zu spalten.

In den vergangenen Monaten spitzten sich die Ereignisse zu. Der mexikanische Präsident Calderón reiste im Mai dieses Jahres nach Kanada und versicherte dort den VertreterInnen von Industrie und Regierung, dass er für die in Mexiko getätigten Investitionen im Bergbausektor garantiere. Nach seiner Rückkehr kam es an mehreren mexikanischen Minenstandorten zur Eskalation von Konflikten. Auch in San José del Progreso gab es vermehrt Auseinandersetzungen, bis hin zu jenen Ereignissen vom 19. Juni.

Fortuna Silver profitiert

Von der Eskalation im Tal von Ocotlán profitiert der multinationale Minenkonzern Fortuna Silver am meisten, denn eine durch Konflikte gespaltene Bevölkerung leistet weniger Widerstand. Am 4. Juli wäre eigentlich der Bürgermeister von San José durch Neuwahl ausgetauscht worden, was die Situation voraussichtlich erst einmal entschärft hätte. Aufgrund des Konflikts wurden die Kommunalwahlen für diesen Distrikt aber bis auf weiteres abgesagt. Stattdessen wird wohl noch ein vom derzeitigen Gouverneur Ulises Ruiz ernannter Verwalter eingesetzt werden. Die Staatspolizei patrouilliert in den Straßen von San José und in den Gemeinden der Umgebung.

Padre Martín, der regelmäßig anonyme Morddrohungen erhält, seit er die MinengegnerInnen in San José zu unterstützen begann, ist aufgrund der akuten Gefährdung nicht wieder in seine Gemeinde zurückgekehrt. Er lebt seither im Exil. ■

Alexander Debusman ist freier Journalist. Er hält sich derzeit in Mexiko auf. Der hier gekürzt wiedergegebene Beitrag ist vollständig in dem Lateinamerika-Nachrichtendienst *poonal* erschienen (www.npla.de/de/poonal/2959-konflikt-um-goldmine-muendet-in-hetzjagd-auf-befreiungstheologen).



Land des Goldes

In El Salvador sorgen Minenprojekte für Proteste. Auch der Staat selbst wehrt sich gegen ausländische Konzerne, die vor internationale Gerichte ziehen, wenn man sich ihrer Zudringlichkeit nicht willfährig unterwirft.

TEXT: ULF BAUMGÄRTNER

Wer von der Schmuckstadt Santa Rosa de Lima, dem ostsalvadorianischen Pforzheim, nach Norden fährt, stößt irgendwann auf eine riesige Kirche auf freiem Gelände – die „Goldkirche“ von Copetillos. Der Beiname von Santa Rosa, die Kirche und Menschen, die auf der Suche nach Resten des Edelmetalls unter Lebensgefahr in die alten Stollen kriechen, legen Zeugnis ab vom historischen Goldbergbau in den Provinzen Morazán und La Unión. Der „alte“ Bergbau wurde in den Jahren zwischen 1980 und 1990 weitgehend aufgegeben, weil die internationalen Goldpreise damals sanken und die Kosten zu hoch wurden. Dann wurde per Satellit ein Gürtel edelmetallhaltigen Gesteins entdeckt,

der vom mexikanischen Bundesstaat San Luis Potosí bis nach Panama reicht. Allein im kleinen salvadorianischen Abschnitt dieser mesoamerikanischen Ader wurden vor allem von 1999 bis 2004 unter der ARENA-Regierung Francisco Flores' 29 Explorationskonzessionen vergeben. Als der Goldpreis zu Beginn des neuen Jahrtausends wieder anstieg – seit 2001 hat er sich fast verdreifacht –, aktivierten die überwiegend kanadischen und US-amerikanischen Bergbauunternehmen ihre Konzessionen.

Im Unterschied zum historischen Goldabbau ging es bei der Ausbeutung des aus dem Weltall erspähten Reichtums um niedrige Konzentrationen von zwei bis fünf Prozent. Hierfür ▶▶

Umweltzerstörung, soweit das Auge reicht: Minen in Zentralamerika

eignet sich jenes Verfahren am besten, das man in den Bergbauwissenschaften Raubbau nennt und das auch als Tagebau bekannt ist. Dabei werden die Edelmetalle mit Zyanid ausgewaschen. Um eine Unze Gold zu bekommen, werden 20 Tonnen Geröll und Erde mit Zyanid, das in über 1000 Liter Wasser pro Minute gelöst ist, ausgewaschen. Zurück bleiben große Mengen von Giftbrühe, die in Auffangbecken „gelagert“ werden. Vergiftete Gesteins- und Erdmassen, aus denen mit Schwermetallen belastetes Wasser sickert...

Tödliches Zyanid

Die Brisanz dessen ist auch in Europa bekannt: Als vor einiger Zeit ein Zyanid-Auffangbecken im rumänischen Baia Mare brach, ergossen sich 100.000 Kubikmeter verseuchtes Wasser in die Theiß, den zweitlängsten Nebenfluss der Donau. Das Europaparlament hat

in diesem Jahr die EU-Kommission aufgefordert, die Zyanid-Wäsche vollständig zu verbieten.

Die Versauerung des Flüsschens San Sebastián im salvadorianischen La Unión, verursacht durch den Eintrag von Schwermetallen wie Blei, Kupfer, Eisen, Zink und Nickel aus der Goldmine der US-amerikanischen Commerce Group, ist derweil in mehreren Untersuchungen nachgewiesen worden. Ebenso ihr ursächlicher Zusammenhang mit Krankheiten wie Anämie, Haut- und Augenentzündungen, Niereninsuffizienz und Gedächtnisschwund bei Menschen, die das belastete Wasser trinken.

In den zerklüfteten Nordprovinzen El Salvadors, wo die Goldlegende ihren Anfang nahm, liegt das neue Konzessionsgebiet „El Dorado“ der kanadischen Pacific Rim, genauer gesagt im Munizip San Isidro, das zum Departement Cabañas gehört. Die Gebiete der Commerce

Gegen die Projekte des Todes

IPES, das Permakulturinstitut El Salvadors, stemmt sich entschieden gegen die „Projekte des Todes“, wie sie die Betroffenen nennen: große Staudämme zur Stromerzeugung und Minen, um Bodenschätze auszubeuten – zum Nutzen weniger. IPES kombiniert den politischen Kampf gegen diese Vorhaben, die die Natur und den Lebensraum vieler Men-

schen zu zerstören drohen, mit Schulungen zur „Permakultur“. Damit ist eine schonende, ökologische Landwirtschaft gemeint, die auf dem überlieferten Wissen vieler Generationen aufbaut. Die Kleinbauern und -bäuerinnen lernen Methoden kennen, die sie befähigen, im Einklang mit der Natur zu arbeiten – zugunsten von Mensch und Umwelt.

STICHWORT »IPES«

Helfen Sie mit Ihrer Spende!



Group befinden sich in San Sebastián, im Departement La Unión. In diesen Landstrichen leben vor allem Arme. Besonders in San Isidro ist der lokale Widerstand heftig, und auf nationaler Ebene hat sich längst der „Nationale Runde Tisch gegen den Metallbergbau“ gebildet. Das weltweit gewachsene Umweltbewusstsein, das in Kämpfen gegen Großprojekte wie Wasser- und Atomkraftwerke, Autobahnen, Wasserstraßen und eben auch gegen den Tagebau zur Tat schreitet, hat dazu beigetragen, dass San Isidro und San Sebastián zu Brennpunkten jüngerer Auseinandersetzungen geworden sind. Inzwischen sind nicht nur soziale Gruppen und Nichtregierungsorganisationen einhellig gegen die Minenprojekte, sondern ebenso Intellektuelle, KünstlerInnen, Glaubensgemeinschaften und sogar die katholische Kirche. Bereits die letzte, von 2004 bis 2009 amtierende ARENA-Regierung unter Tony Saca hat keine neuen Explorations- und erst recht keine Abbaukonzessionen erteilt. Und auch die neue FMLN-Regierung unter Mauricio Funes hat sich beeilt zu erklären, es werde keine weiteren Explorationskonzessionen geben.

Schadensersatz für Pacific Rim

Die Explorationskonzession der Commerce Group stammt bereits von 1986. Im Jahr 1999 stellte das Unternehmen seine Operationen ein, beantragte und bekam aber 2004 eine neue Abbaukonzession, und zwar für 30 Jahre. Der wachsende Widerstand gegen den Raubbau veranlasste die Regierung Saca, diese Konzession zurückzuziehen. Darauf ging der Konzern mit einer 100 Millionen US-Dollar schweren Schadensersatzklage vor das Internationale Zentrum für Schlichtungen bei In-

vestitionskonflikten (ICSID), das bei der Weltbank angesiedelt ist. Inzwischen hat sich das dreiköpfige Schiedsgericht konstituiert, Ende Juli haben die Verhandlungen begonnen.

Das ICSID ist ein wesentlicher Bestandteil der Freihandelsverträge, welche seit dem 1994 in Kraft getretenen Prototyp NAFTA – Beteiligte: Kanada, USA und Mexiko – Lateinamerika wie ein Spinnennetz überzogen haben. Diese Verträge erlauben es transnationalen Unternehmen, nicht nur Schadensersatz für getätigte, sondern auch für geplante Investitionen einzuklagen, wenn zum Beispiel eine Bergbaukonzession aus Gründen des Umweltschutzes zurückgezogen wird. Für El Salvador ist jener unter dem Kürzel CAFTA-DR firmierende, seit 2004 gültige Freihandelsvertrag zwischen den USA, Mittelamerika und der Dominikanischen Republik bindend.

Im älteren Streit zwischen der kanadischen Pacific Rim und El Salvador hat das zuständige ICSID-Schiedsgericht Anfang August den Antrag des Staates abgelehnt, die Schadensersatzklage auf 77 Millionen Dollar als willkürlich zurückzuweisen. Die Rechtsvertre-



Zielvorgabe Profit: Goldsucher der Pacific Rim bei der Arbeit





Das Gebaren der Pacific Rim Mining Corporation schürt den Zorn vieler SalvadorianerInnen...

rInnen El Salvadors hatten nicht in Abrede gestellt, dass das Unternehmen seinerzeit eine Explorationslizenz bekommen hat, wohl aber, dass die Erlaubnis zu Probeschürfungen automatisch eine Abbaukonzession nach sich ziehen muss. El Salvador argumentierte ferner, dass der Mutterkonzern in diesem Fall kanadisch und deshalb nicht CAFTA-DR-relevant sei, auch dass die klagende Tochterfirma Pacific Rim Cayman erst 2007 ihren Sitz von den britischen Cayman-Inseln in den US-Bundesstaat Nevada verlegt habe, als der Konflikt bereits ausgebrochen war. Schließlich machte der Staat geltend, dass von einer eventuellen Schadensersatzsumme die Kosten jenes Schadens abgezogen werden müssten, den die Mine ihrerseits verursacht hat, indem sie Oberflächen- und Grundwasser sowie Böden verseuchte – und damit die Gesundheit der Bevölkerung schädigte. Das Schiedsgericht hat den Wahrheitsgehalt der Einlassungen El Salvadors nicht bestritten, aber erklärt, dass sie in dem angelaufenen Verfahren nicht zulässig seien.

Das Verfahren Pacific Rim vs. El Salvador geht weiter. In San Isidro geht es seit

dem vergangenen Jahr aber nicht mehr nur um einen Rechtsstreit: Zwischen Juni und Dezember 2009 wurden vier GegnerInnen des Metallbergbaus umgebracht. Nur im Fall der Ermordung Marcelo Riveras (siehe *presente* 3/2009), Aktivist des Umweltkomitees von Cabañas, das neben dem Lokalsender Radio Victoria den Widerstand gegen das Pacific-Rim-Projekt trägt, hat ein Gerichtsverfahren begonnen. KennerInnen der Vorgeschichte gehen davon aus, dass der Bergbaukonzern nicht direkt „eingegriffen“ hat, sondern es sich vielmehr um eine Auseinandersetzung zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen der Mine handelt.

Runder Tisch will Gesetz

Auch wenn der direkte Widerstand ungebrochen bleibt, haben die beiden ICSID-Verfahren den Konflikt auf eine andere Ebene gehoben. Der Runde Tisch wiederum mobilisiert für ein Gesetz. Mit dessen Hilfe soll dem Zyanid-Bergbau vollständig ein Ende bereitet werden. ■

Ulf Baumgärtner ist Mitarbeiter der salvadorianischen Nichtregierungsorganisation Pro Búsqueda de Niñas y Niños Desaparecidos. Er lebt in San Salvador.

Ein täuschendes Metall

Gold weckt die Gier: In der Hochlandregion von San Marcos in Guatemala werden auf Kosten Indigener und ihrer Umwelt Schätze gehoben. Nach einer Verfügung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission schöpfen die Betroffenen wieder Hoffnung.

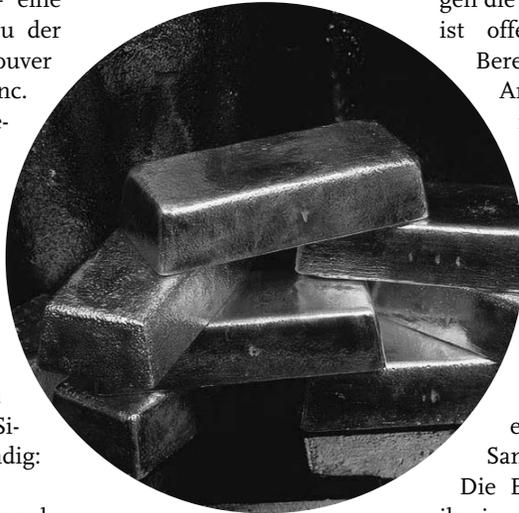
TEXT: ALBRECHT SCHWARZKOPF (CIR)

Wer die Berge der Schweiz mag, wird sich auch in denen Guatemalas wohlfühlen. Berge hüten Geheimnisse, die manchmal gelüftet werden...

Offensichtlich hatte die Montana Exploradora S.A. – eine Aktiengesellschaft, die zu der im kanadischen Vancouver beheimateten Goldcorp Inc. gehört – Wind davon bekommen, dass es in der Diözese von Bischof Alvaro Ramazzini in San Marcos nicht nur Geheimnisse zu lüften, sondern auch Schätze zu heben gibt. Sie suchte in den hochgelegenen Gemeinden San Miguel Ixtahuacán und Sipakapa – und wurde fündig: Gold.

Seither hebt das Unternehmen diesen Schatz im Tagebau in der Bergbauminerale Marlin. Das Timing war perfekt: 2005, nachdem die Montana Exploradora die Konzession von der guatemalteckischen Regierung erhalten hatte, lag der Goldpreis bei etwa 400 Dollar je Feinunze. Heute können sich die

SchatzsucherInnen bestätigt sehen: Der Preis liegt mittlerweile bei 1250 Dollar. Dies auch bedingt durch die Finanzkrise, die alle FinanzbankerInnen ungeachtet der von ihnen so hoch gepriesenen Hedge- und



Wechselkurs-Fonds mit ihren eigenen Wertmitteln nach dem Crash in goldene Sachwerte flüchten ließ.

Den so eklatant gescheiterten FinanzexpertInnen ist ihre eigene Absicherung wichtig, die Folgen des Schürfens spielen

für sie keine Rolle. Für Monseñor Ramazzini und die Comisión Pastoral por Paz y Ecología (COPAE) seiner Diözese, die sich gegen das Marlin-Projekt sträuben, ist Letzteres dagegen eine harte Nuss. Ihr Kampf gegen die Goldmine in der Sierra ist offensichtlich gefährlich:

Bereits 2009 gab es einen Anschlag auf Anti-Minen-AktivistInnen. Am 7. Juli dieses Jahres drangen abends um halb acht zwei unbekannte Männer in das Haus von Diodora Hernández, einer führenden Vertreterin der Bewegung gegen die Marlin-Mine, ein. Hernández lebt in San Miguel Ixtahuacán.

Die Eindringlinge schossen ihr in das rechte Auge. Nach dem umgehenden Transport in ein Krankenhaus und einer Operation am 11. Juli ist ihr Zustand stabil, auch wenn die Folgen des Schusses noch nicht absehbar sind.

Nach jahrelangem Kampf gegen das Mega-Bergbauprojekt haben die indianischen





Gemeinschaften von Sipakapa und San Miguel Ixtahuacán seit dem 20. Mai dieses Jahres wieder Hoffnung geschöpft: Die Interamerikanische Menschenrechtskommission hat einstweilige Verfügungen zugunsten der Gemeinschaften erlassen und den Stopp der Goldcorp-Bergbauaktivitäten in der Marlin-Mine angeordnet.

Das Goldminenprojekt, das angeblich den Gemeinden Wohlstand und Arbeitsplätze bringen sollte, wurde durch einen Kredit der International Finance Corporation (IFC), dem unternehmerischen Arm der Weltbank, in Höhe von 45 Millionen US-Dollar finanziert. Die Gemeinden selbst, verschiedene soziale Bewegungen und die katholische Kirche – Letztere angeführt von Monseñor Ramazzini – leisten bis heute heftigen Widerstand. Neben dem Bischof von San Marcos kritisiert auch der Vorsitzende der guatemaltekischen Bischofskonferenz, Erzbischof Rodolfo Quezada,

das Vorhaben und fordert dessen Einstellung, ebenso die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú.

„Die Mine braucht über 40.000 Liter Wasser pro Stunde – im Vergleich zu einer durchschnittlichen Bauernfamilie, die Zugang zu zirka 70 Liter Wasser pro Tag hat, vorausgesetzt, sie hat einen Wasseranschluss“, stellt derweil Juan José Monterroso vom Movimiento de Trabajadores del Campo zu möglichen Folgen des Projektes fest. Die Bewegung der LandarbeiterInnen ist Projektpartnerin der Christlichen Initiative Romero. Bereits im Februar 2005 sprach die CIR zusammen mit Monseñor Ramazzini im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit vor, da die beim Goldwaschen hoch in den Bergen gebrauchte Zyanidlauge das Wassersystem weiter unten bedroht. Das Ministerium in Berlin dürfte gewusst haben, dass Zyanid auch von den großen deutschen Che-

mie-Unternehmen hergestellt wird, blieb nach dem Besuch aber untätig.

Eine aktuelle Wasseranalyse der COPAE in der Diözese San Marcos stellt grundsätzlich fest, dass einige der Flüsse im Goldminengebiet bereits zuvor unter Wassermangel gelitten hätten. Schon dieser Umstand, so sollte man meinen, hätte bei einer seriösen Planung des Projektes berücksichtigt werden müssen. Weiterhin stellt die Kommission im Hinblick auf die drei untersuchten Orte des Flusslaufes, an denen sie Wasserproben entnahm, fest, dass sie mit Metallen und Nitraten belastet seien, und zwar unterhalb der Mine Marlin. Ebenso zeigt COPAE auf, dass diese Werte Grenzwerte übersteigen, welche die Weltbank für Minenprojekte vorgeschrieben hat. Darüber hinaus liegen die ermittelten Werte jenseits von der US-Umweltbehörde und dem guatemaltekischen Umweltministerium festgesetzter Grenzen.



Gold auf Kosten von Menschen: Die Marlin-Mine in Guatemala (links) und von den negativen Folgen des Bergbaus betroffene Frau

Die BewohnerInnen der Hochlandregion von San Marcos sind arme Leute, sie sprechen die indianische Sprache Mam und bekommen wenig von dem Glanz des Goldes zu sehen. Deshalb sind sie gegen die Mine: Bei einer Befragung im Juni 2005 haben 97 Prozent der BewohnerInnen von Sipakapa das Marlin-Projekt abge-

lehnt, ähnlich die Gemeindeabstimmung in San Miguel Ixtahuacán.

Fernando Suazo, ein guatemalteckischer Kommentator, schreibt zu den Vorgängen: „Wie das Gold und das Wasser gab es auch schon immer zweierlei Sorten von Menschen: jene, erkrankt an alten Frustrationen, die sie bezwingen mus-

sten, um sich als jemand zu fühlen. Und jene, die damit in Ruhe leben konnten. Das Gold war schon immer Komplize der Ersteren: Sie brauchen es, um sich der Illusion hingeben zu können, sie seien mehr und besser als die anderen. Denn Gold ist vor allem eines: ein täuschendes Metall.“ ■

Gold in San Marcos nutzt Bauern nichts

Die CIR unterstützt in San Marcos die Bewegung von ArbeiterInnen und Bauern (MTC). Juan José Monterroso vom MTC beschreibt, dass der Goldabbau für die Montana von Gewinn ist, nicht aber für die Bauern der Gegend: Das Wasser ist verschmutzt. Viele Wohnhäuser haben Risse aufgrund des Bergbaus. Die grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen in der Hochlandgemeinden werden nicht angeboten. So ist die Ausbildung vieler Kinder aus der Region denkbar schlecht. Deshalb hat das MTC eine Fortbildungsstätte eröffnet, um den Kindern ein Fortkommen zu ermöglichen. Wir organisieren mit anderen zusammen eine Gegenöffentlichkeit zu dem

Projekt und wissen uns der Unterstützung von Monseñor Ramazzini gewiss. Wenn die CIR uns unterstützen kann, können wir unsere Chancen gegen das Vorhaben verbessern.“ Die CIR bittet um Unterstützung.



STICHWORT »GEGEN GOLDBABAU«

Der Mensch ist mehr Wert als Gold!

NICARAGUA

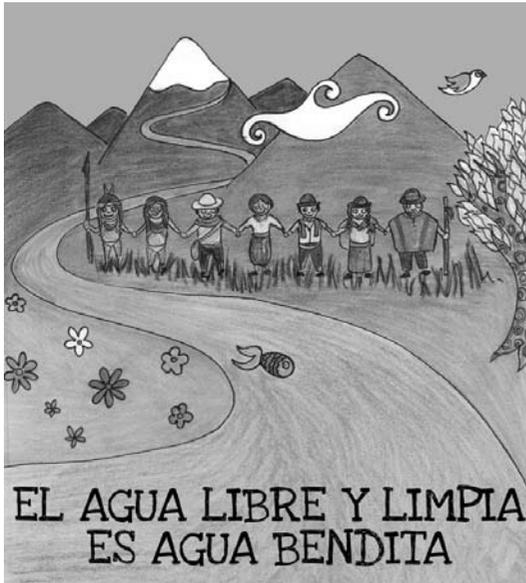
Wasser ist Leben

La Cuculmeca, eine PartnerInnenorganisation der Christlichen Initiative Romero mit Sitz in Jinotega, fördert seit 1990 den nachhaltigen Umgang mit der Umwelt und die Beteiligung der Gemeinden an ihrer eigenen Entwicklung.

In Nicaragua gibt es seit 1991 Versuche,

die Wasserressourcen zu privatisieren. Der bedeutende Apanas-Stausee für die Wasserversorgung befindet sich inmitten von Gemeinden des Departments Jinotega. Um den Privatisierungsversuchen entgegenzusteuern, haben sich Trinkwasser- und Hygienekomitees gegründet, bestehend aus Frauen und Männern, die von den Gemeinden demokratisch gewählt wurden. Ihr Ziel ist es, durch öffentlichen Druck und in Koordination mit Verwaltungsinstanzen die Wasserversorgung der ländlichen Haushalte zu sichern und Krankheiten durch verunreinigtes Wasser entgegenzuwirken. Mittlerweile gibt es ein großes Netzwerk aus Komitees, das für den Bau von Brunnen und Wasserpumpen sowie für den Trinkwasserzugang von über einer Million NicaraguanerInnen sorgt.

La Cuculmeca möchte die Komiteemitglieder in vier ländlichen Gemeinden des Departments durch Workshops zur Selbstverwaltung und politischen Einflussnahme fördern. Auf diese Weise soll die wichtige Organisation der selbstverwalteten Komitees bestärkt werden. Hierfür bitten wir um Ihre Unterstützung.



SPENDENSTICHWORT »WASSERKOMITEE«

GRUNDSÄTZE UNSERER PROJEKTARBEIT

Selbstorganisation stärken und Rechte durchsetzen

Mit Ihrer Spende kann die Christliche Initiative Romero e.V. ProjektpartnerInnen unterstützen, die sich einsetzen für

- ▶ die Selbstbestimmung von Frauen
- ▶ Achtung und Organisation arbeitender Kinder
- ▶ menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- ▶ die Ökologie
- ▶ die politische Stärkung der Zivilgesellschaft
- ▶ die Achtung und Selbstbestimmung indigener Bevölkerung.

GUATEMALA

Keine Gewalt!

Die indianische Asociación Femenina para el Desarrollo de Sacatepéquez (AFEDES) hat ihren Sitz in Santiago Sacatepéquez, einer Gemeinde, in der es viel Gewalt – auch gegen Frauen – gibt. Die Gewalt macht auch vor Familien nicht halt.

Amarilis Guarach, Vorsitzende von AFEDES, ist bekümmert, dass es so viel Zeit braucht, patriarchale Strukturen aufzubrechen: „Wir brauchen einen Schub, damit die Stimme von uns indianischen Frauen gehört wird.“

AFEDES vergibt Mikrokredite an indianische Frauen, um ihnen mehr wirtschaftliche Souveränität zu geben. Gleichzeitig werden Kurse durchgeführt, damit die Frauen Selbstbewusstsein lernen, um sich besser in ihren Familien behaupten zu können.

Damit AFEDES wirksam für die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Kaqchiquel-Frauen eintreten kann, bitten wir um Spenden.



EL SALVADOR

Von Frau zu Frau

FUNDAHMER, die Organisation der Basisgemeinden, schult an sieben Orten 100 Frauen im Gesundheitsbereich und Umweltschutz, in politischer Bildung und Formen alternativen Wirtschaftens. „Wir Frauen wurden seit ewigen Zeiten als ein Wesen gesehen, das nur dazu da ist, um zu dienen. Man verletzt unsere Rechte, man tritt unsere Würde mit Füßen. Und zu meist rauben uns all diese Ungerechtigkeiten auch noch die Stimme“, so das Resümee einer Kursteilnehmerin.

Die Frauen geben das erworbene Wissen an ihre Nachbarinnen weiter. Schritt für Schritt entwickeln sich somit die persönlichen Fähigkeiten und das Bewusstsein. Die Frauen werden zu Akteurinnen, mischen sich ein – und gestalten so das Leben in den Gemeinden neu.

Wenn Sie CEBES/FUNDAHMER dabei unterstützen wollen, bitten wir um Ihre Spende.

SPENDENSTICHWORT
»MAYA-FRAUEN«

SPENDENSTICHWORT
»FUNDAMEHR«

Unsere Projekte stehen für Wege zu mehr Gerechtigkeit, zukunftsfähiger Entwicklung und kultureller Vielfalt und Toleranz. Wenn nötig, leistet die CIR in Mittelamerika auch Notfall- und Katastrophenhilfe. Gemeinsam mit unseren ProjektpartnerInnen sind wir für Planung, Durchführung und korrekten Einsatz der Gelder verantwortlich. Um unseren PartnerInnen langfristige Perspektiven geben zu können, sind wir auf Ihre Spenden ebenso angewiesen wie auf Zuwendungen der Europäischen Union, des Weltgebetstags der Frauen oder des BMZ, des Katholischen Fonds und des Ausschusses für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) sowie auf Spenden aus Kirchen- und Pfarrgemeinden, Schulen und Eine-Welt-Läden.

SPENDENKONTO

Bitte unterstützen Sie unsere PartnerInnen in Mittelamerika mit einer Spende.

Konto 3 11 22 00
Darlehnskasse Münster
BLZ 400 602 65

Neues Leben

Selbstbestimmt arbeiten, unter fairen Bedingungen produzieren – eine nicaraguanische Näh-Kooperative, die über den Status einer Freihandelszone verfügt, stellt einen Modellfall für das Textilgewerbe dar. Doch die Arbeit hier bleibt eine tägliche Herausforderung.

TEXT: THOMAS KRÄMER-BROSCHKEIT (CIR)

Als der Hurrikan Mitch 1998 eine Spur der Verwüstung durch Mittelamerika zieht, stehen unzählige Menschen auch in Nicaragua unvermittelt vor dem Nichts. So beispielsweise BewohnerInnen Managuas, die nach Nueva Vida, einer Siedlung der nahen Stadt Ciudad Sandino, umgesiedelt werden. Nueva Vida: Der Name mag für die Neuankömmlinge wie bittere Ironie klingen. Ihr neues Leben steht auf denkbar unsicherer Grundlage. Ciudad Sandino, benannt nach dem nicaraguanischen Guerillaführer und Volksheld Augusto César Sandino, weist eine extrem hohe Arbeits-

losenquote auf. Das Leben kocht hier auf Sparflamme. Um ihre Familien durchzubringen, sehen sich viele Frauen der Siedlung gezwungen, in Textilfabriken, sogenannten Maquilas, unter menschenunwürdigen Bedingungen für große Bekleidungskonzerne zu arbeiten.

So trostlos die Situation für die Betroffenen ist, sie bildet in jenem Katastrophenjahr doch den Anfang zu etwas wirklich Neuem: zu einer Freihandelszone, deren Vorteile endlich einmal nicht internationalen Konzernen, sondern den Arbeiterinnen selbst zugute kommen.

Im Rahmen einer Kooperation des US-amerikanischen Entwicklungsprojektes Center for Development in Central America mit dem Öko-Bekleidungsanbieter Maggie's Organics entsteht die Idee einer Näh-Kooperative. Ziel: Möglichst viele Frauen in Nueva Vida sollen eine Alternative zur Arbeit in Maquilas erhalten.

Die Frauen machen sich an die Arbeit. In Eigenregie errichten sie ein Fabrikgebäude. Über zwei Jahre verbringen sie 20 Stunden in der Woche damit, Zement zu mischen und zu schaufeln. Nachmittags verdienen sie sich ihren Lebensunterhalt als Straßenverkäuferinnen. Im Frühjahr 2001 schließlich steht die Fabrikhalle. Es ist die offizielle Geburtsstun-

COMAMUNVI-Frauen besuchen Deutschland

Maria Elena Medina Vallejos und Sulema Mena Garay von der Frauenkooperative COMAMUNVI wollen sich während einer Europareise mit Menschen austauschen, für die ethische Prinzipien und faire Arbeitsbedingungen ein wichtiges Kriterium beim Einkauf sind. Gleichzeitig soll diskutiert werden: Welche Perspektiven haben Alternativen jenseits der Konkurrenzwirtschaft? Können durch den Kauf von Produkten aus Kooperativen Arbeitsplätze in Ländern des Südens nachhaltig gefördert werden?

Stationen der Reise: 2.11. Hannover; 3.11. Freiburg; 5.11. Karlsruhe; 7.11. Trier; 8.11. Münster; 10.11. Hamburg; 11.11. Lüneburg; 12.11. Berlin

Weitere Informationen unter www.ci-romero.de



**Eine Freihandelszone
mit Vorteilen für die
ArbeiterInnen: die
Kooperative Nueva
Vida**

Eine für den Markt interessante Kombination.

Dennoch bleibt für die mutigen Frauen von Nueva Vida die eigene Arbeit eine tägliche Herausforderung: Für eine Freihandelszone ist eine Mindestzahl von 30 Beschäftigten gesetzlich vorgeschrieben. Die Fabrik ist für bis zu 100 Beschäftigte aus-

gelegt, die Auftragslage aber nicht immer entsprechend. Für die Mitglieder der Kooperative heißt das, auch in Zeiten mauer Produktion das Personalminimum nicht unterschreiten zu dürfen, will man der Vergünstigungen nicht verlustig gehen. Zudem: Von den ursprünglich 50 Frauen, die den Weg in die Kooperative antraten, blieben am Ende zehn, die noch in der Fabrik arbeiten. 30 von derzeit 40 Arbeiterinnen sind einfache Angestellte. Ein Umstand, der die Kooperativen-Eigentümerinnen vor eine weitere Notwendigkeit stellt – nämlich die, die Arbeitsbedingungen in ihrer Fertigungsstätte unabhängig kontrollieren zu lassen. ■

de der Cooperativa Maquiladora Mujeres de Nueva Vida Internacional (COMAMUNVI).
Seit Juli 2005 ist die Näh-Kooperative die erste Freihandelszone, die von Arbeiterinnen selbst verwaltet wird. Durch den Zona-Franca-Status kommen die Frauen in den direkten Genuss von Steuervergünstigungen sowie von zollfreiem Import und Export. Auf diese Weise können sie sich im Wettbewerb mit den Sweatshops behaupten und trotzdem höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen bieten. So wird bei COMAMUNVI, anders als in den herkömmlichen Fabriken, neben dem staatlichen Mindestlohn von 2875 Cordoba (zirka 130 US-Dollar) in der Regel eine zusätzliche Vergütung von 600 Cordoba (zirka 28 US-Dollar) gezahlt. Darüber hinaus werden staatliche Studienstipendien vermittelt.

Die Mitglieder der Kooperative, die Arbeiterinnen und Inhaberinnen in Personalunion sind, treffen ihre Entscheidungen gemeinsam. Durch Eigeneinkauf ist die Kooperative in der Lage, Komplettpakete zu T-Shirts, Taschen und mehr anzubieten. Die Stoffe, die hierbei verarbeitet werden, stammen aus Bio-Baumwolle.

Zu diesem Beitrag finden Sie auf www.cirromero.de zusätzlich ein Interview.



Die Veröffentlichung des Infodienstes wurde mit Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein die CIR verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.

Weil vieles noch so schwer wiegt

Während des Bürgerkrieges in El Salvador wurden unzählige Kinder von Soldaten entführt, andere von ihren Eltern zur Adoption freigegeben. Jordan Anderson ist eines dieser Kinder. Nach 21 Jahren hat er seine leibliche Mutter kennen gelernt.

TEXT: ANDRÉ HAGEL (CIR)

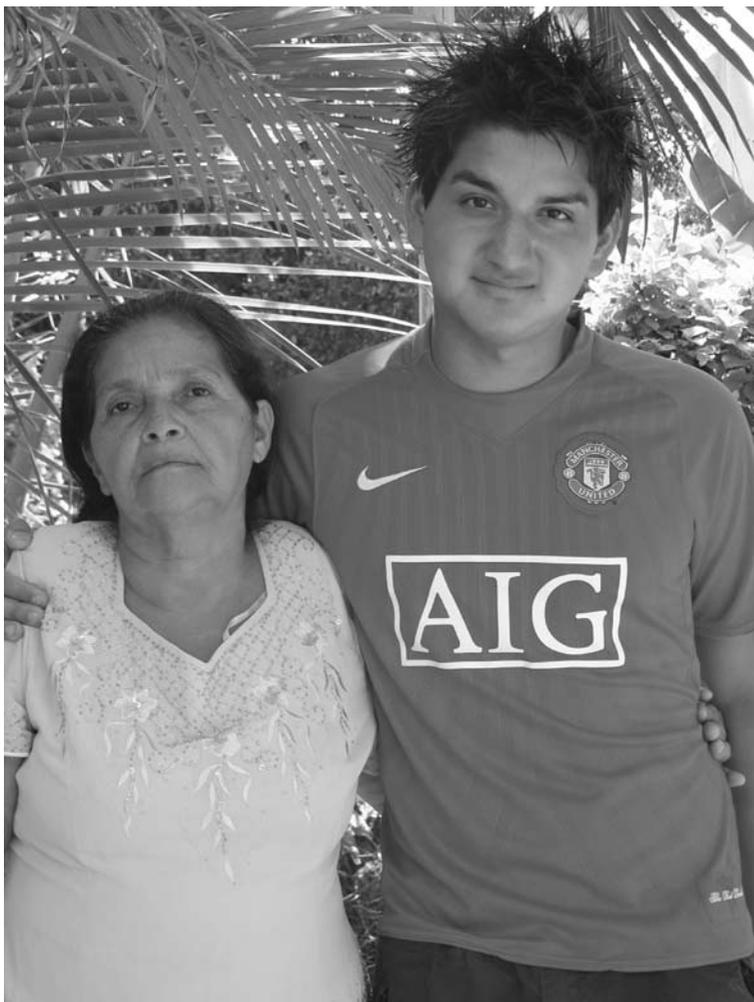
Immer wieder suchen seine Augen den Kontakt zu ihr. Doch sie schaut zur Seite, ins Nichts, lässt ihren Blick schweifen, irgendwohin, streng darauf bedacht, dass er sich nicht mit dem seinen kreuzt. Juana Mundo sitzt auf einem Stuhl in ihrem Garten, hält die Arme vor dem Bauch verschränkt, ist sichtlich angespannt. Zwei Stühle rechts von ihr hat Jordan Anderson Platz genommen, der junge Mann, dessen Blicken sie so vehement ausweicht. In diesem Moment steht zwischen dem 22-jährigen aus England und der 60-jährigen Salvadorianerin mehr als bloß ein freier Stuhl. Zwischen beiden liegt eine ganze Welt. Dabei sind sich Juana Mundo und Jordan Anderson eigentlich so nah, wie es nur zwei Menschen sein können. Sie sind Mutter und Sohn. Aber Juana Mundo hat ihren Sohn 21 Jahre lang nicht mehr gesehen. Jordan Anderson hat seine Mutter erst kürzlich kennen gelernt. Im Alter von einem Jahr wurde er, inmitten der Wirren des salvadorianischen Bürgerkrieges, zur Adoption freigegeben.

„Ich wusste nicht, was mich hier erwarten würde“, erzählt Jordan Anderson auf der Autofahrt zum Haus Juana Mundos. „Was El Salvador angeht, hatte ich nur mal was von den grassierenden Bandenverbrechen gehört.“ Vor fünf Monaten ist er zum ersten Mal in sein Geburtsland gekommen, hat seiner leiblichen Mutter erstmalig gegenübergestanden. „Seltsam und befremdend“, das sei sein erster Eindruck von dem

mittelamerikanischen Land gewesen, berichtet Anderson. Gleichzeitig habe er sich in El Salvador aber sofort zu Hause gefühlt. Vielleicht nicht zuletzt wegen des großen Bahnhofs, den ihm die Familie seiner Mutter bei seiner Ankunft bereitete: „Ich war überwältigt von dem Empfangskomitee“, erinnert der junge Mann sich, während er im Fond eines Pick-up-Trucks sitzt, der ruckelnd die zehn Kilometer von San Salvador bis zum nordöstlich der Hauptstadt gelegenen Tonacatepeque zurücklegt. Dort liegt in einer Siedlung außerhalb der Stadt das Haus Juana Mundos. „Ich hätte nicht erwartet, dass ich so viele Geschwister habe und dass sie alle zu meiner Begrüßung kommen würden. Nur zwei meiner Schwestern, die in den USA leben, waren nicht dabei, dafür aber sogar einige Cousins.“

„Juana macht sich Vorwürfe“

Die fröhliche Unbefangenheit ihrer Kinder im Umgang mit dem so unerwartet aus der Vergangenheit aufgetauchten Bruder und Halbbruder vermag Juana Mundo nicht aufzubringen. Es dauert lange an diesem Tag, bis sie irgendwann, während eine sengende Sonne ihre Bahn über Haus und Garten zieht, unmerklich, wie zufällig ihren Blick zu dem so fremden Sohn und über diesen hinweg gleiten lässt, erst einmal, schließlich öfter. An diesem Tag lastet ein großer Druck auf ihr, das ist für jeden der Anwesenden spürbar, auch für Jordan Andersons 17 Jahre alte Halbschwester Helen, die ihrer Mutter zwischendurch wie zur



Haben einen langen Weg vor sich – aber der Anfang ist gemacht: Juana Mundo und ihr Sohn Jordan Anderson

derson, der nach seiner Adoption nach Großbritannien gelangte, bei seiner Adoptivmutter in Devon aufwuchs und heute bei der Londoner Metro arbeitet, erfuhr durch einen Freund von Pro Búsqueda, setzte sich mit Ulf Baumgärtner und seinen KollegInnen in Verbindung, ließ sie nach seiner leiblichen Mutter suchen.

850 Fälle

Die MitarbeiterInnen von Pro Búsqueda, die 850 Fälle aus El Salvador adoptierter Kinder

Beruhigung das Haar krault.

„Juana macht sich Vorwürfe, weil sie Jordan damals zur Adoption freigegeben hat“, weiß Ulf Baumgärtner. Der Deutsche, der die Begegnung des jungen Briten mit seiner wiedergefundenen Familie an diesem Tag moderiert und dolmetscht, ist Mitarbeiter von Pro Búsqueda de Niñas y Niños Desaparecidos. Die von der Christlichen Initiative Romero unterstützte salvadorianische Organisation hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Schicksal während des Bürgerkrieges verschwundener Kinder aufzuklären. Jordan An-

in ihren Akten führen, begaben sich auf die Suche nach den Eltern eines am 7. Juli 1987 in San Salvador als José Luis Morales Mundo geborenen Jungen – und stießen schließlich in Tonacatepeque auf Juana Mundo. Jordans leiblicher Vater war zu diesem Zeitpunkt bereits seit drei Jahren tot. „Ich habe kein Kind zur Adoption freigegeben“, beschied Juana Mundo zunächst die RechercheurInnen. Schließlich aber erfuhren sie von ihr die Wahrheit. Davon, dass die junge mehrfache Mutter mit ihrem Nachwuchs in einer Kampfzone des Bürgerkrieges gelebt



hatte, mit den Kindern unters Bett flüchtend, wenn wieder einmal geschossen wurde. Auch davon, dass ein Nachbar ihr zusprach, über einen Rechtsanwalt zumindest eines der Kinder zur Adoption zu geben.

Gegen „Terroristennachwuchs“

Ein Schritt, der dem kleinen José damals vielleicht das Leben gerettet hat. 70.000 zumeist zivile Tote hat der Bürgerkrieg in El Salvador gefordert, der 1991 nach elf Jahren ein Ende fand. 12.000 Verschwundene gehen auf sein Konto, rund zehn Prozent von ihnen waren Kinder. Soldaten der von den USA unterstützten Militärdiktatur entführten sie, um „Terroristennachwuchs“ zu verhindern und um sie „umzuerziehen“. Jordan Andersons Fall ist ein anderer. Der junge Engländer weiß das. Auch, dass er damit Glück gehabt hat. Vorwürfe macht er Juana Mundo,

seiner ersten Mutter, keine.

Ein langer Weg

Die bittet jetzt zum Mittagessen in das kleine, aus grauen Steinquadern gebaute Haus. Jordan Andersons Halbschwestern haben eine Gemüsesuppe aufgesetzt. „Ich danke Gott, dass ich ihn wiedersehen durfte“, hat Juana Mundo kurz vorher gesagt, ein wenig wie zu sich selbst, den Blick von Jordan weg wendend, weil vieles noch so schwer wiegt. Vor beiden, Mutter wie Sohn, liegt noch ein langer Weg. Aber ein Anfang ist gemacht. Jordan Anderson will in zwei Tagen noch einmal vorbeischaun, bevor er nach Großbritannien zurückfliegt. Aber es soll nicht sein letzter Besuch bleiben. Vorerst will er Spanisch lernen. So lässt sich manches besser sagen. Und Juana Mundo hätte gerne ein Foto von sich und ihm. „Er ist ja wahnsinnig groß“, sagt sie, und schaut zu Jordan hinüber. ■

Gegen Straffreiheit

Straffreiheit hat in El Salvador eine lange und traurige Tradition. Die Organisation Pro Búsqueda will diese Tradition brechen. Sie betreibt die Suche nach verschwundenen Kindern, die während des Bürgerkrieges in El Salvador von der Armee geraubt und zur Adoption freigegeben wurden, um die Landbevölkerung einzuschüchtern und zu traumatisieren. Pro Búsqueda arbeitet an der Verarbeitung der Traumata. Gleichzeitig kämpft die Organisation dafür, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Jeder dokumentierte Fall eines Kindes ist ein Schrei nach Gerechtigkeit. Die Christliche Initiative Romero unterstützt Pro Búsqueda dabei. 300 Fälle verschwundener Kinder sind bereits gelöst. Wir wollen Pro Búsqueda auch zukünftig zur Seite stehen. Hierfür bitten wir um Ihre Spende.

STICHWORT »PRO BÚSQUEDA«

Helfen Sie mit Ihrer Spende!



FOTOS: ALBRECHT SCHWARZKOPF, MAIK PFLAUM



Bedrohtes Erbe: Locken Profite, haben Natur und Kultur kaum eine Chance.

Quelle des Geldes – und des Streits

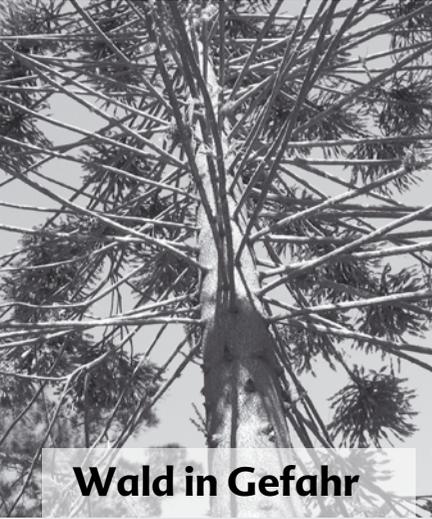
Wo Öl sprudelt, hat es die Ökologie meist nicht leicht. In Guatemala sorgt die Konzessionsverlängerung für ein französisches Unternehmen für heftigen politischen Streit. Denn dessen Ölfeld liegt im Nationalpark Laguna del Tigre...

TEXT: ALBRECHT SCHWARZKOPF (CIR)

Seit Beginn des Jahres steht der Erdölabbauvertrag 2-85, dessen Ursprung in das Jahr 1985 zurückreicht, im Mittelpunkt der Diskussion guatemaltekischer Umwelt- und Wirtschaftsverbände. Der Kontrakt bezieht sich auf die Konzession für das Ölfeld Xan, welches in der Gemeinde San Andrés im Petén – und damit mitten im Nationalen Naturschutzpark Laguna del Tigre liegt. Die Regierung Colom hatte über die Verlängerung der Konzessionen zu entscheiden. Im Vorfeld gab es einen handfesten Streit zwischen dem Bergbau- und dem Umweltministerium.

Zwischen dem Energie- und Berg-

bauministerium und der französischen Firma Perenco Guatemala Ltd. wurde bereits am 4. Februar eine Verlängerung unterschrieben. Präsident Alvaro Colom entschied am 23. Juli, dass der Vertrag mit Perenco um 15 Jahre verlängert wird. Dies geschah trotz Einwänden von Umweltministerium und -behörde – und trotz eines Angebotes deutscher Bundestagsabgeordneter, fehlende Einnahmen auszugleichen, die entstanden wären, wenn der Erdölabbau in Kürze sein Ende gefunden hätte. Außerdem hätte sich danach Deutschland verpflichtet, den Artenschutz und die soziale Entwicklung in dem Naturschutzgebiet zu fördern. ▶▶



Wald in Gefahr

Mit Hilfe eines nordamerikanischen Investors soll im archäologischen Park El Mirador mit seinen Maya-Ruinen mitten im Petén-Regenwald ein großes Tourismus-Projekt hochgezogen werden. Ein größerer Teil von El Mirador soll als „Kulturlandschaft“ für touristische Zwecke deklariert werden. Brisant: Es handelt sich um 2100 Quadratkilometer, die heute eine Konzession zur nachhaltigen Bewirtschaftung durch Waldgemeinden haben. Wir unterstützen seit einigen Jahren die Waldgemeinden der Asociación de Comunidades Forestales de Petén (ACOFOP) in der nachhaltigen Waldbewirtschaftung. Die Waldgemeinden wehren sich gegen diesen massiven Eingriff des Tourismusprojekts in die Ökologie der schützenswerten Region. Hierfür bitten wir um Ihre Spende.

STICHWORT »ACOFOP«

Helpen Sie mit
Spenden!

Mit der Verlängerung gab Colom zwei Naturschutzprogramme bekannt. Auch verkündete der Präsident, dass ein Militärstützpunkt im Nationalpark errichtet wird, um das stark von DrogenschmugglerInnen genutzte Gebiet zu schützen. Mit den Naturschutzprogrammen sollen jene Gemeinden begünstigt werden, durch welche eine Pipeline führt. Sie erhalten 15 US-Cent pro Barrel Öl. Diese Gemeinden waren deshalb auch auf der Seite des Regierungsvorschlages.

Das Bergbaumini-sterium und Perenco argumentieren, dass die Vertragsverlängerung den Staat begünstigen werde. Für die Nutzung der überschaubaren Raffinerie in La Libertad erhält der beteiligte Staat etwas über 150 Millionen Dollar pro Jahr und 1,50 Dollar je verarbeiteter Barrel. Gegenüber dem vorherigen Zustand werden die Staatseinnahmen, so Präsident Colom, von 83 Millionen auf 167 Millionen Dollar steigen – was vermut-

lich übertrieben ist, da nicht alle steuerlichen Aspekte einberechnet sein dürften.

Auf den betreffenden Ölfeldern werden täglich 13.000 Tonnen Rohöl gefördert, was 94 Prozent der Gesamtproduktion Guatemalas ausmacht. Die Produktion aus den vorhandenen Erdölquellen geht zurück, weshalb fünf neue Quellen und die Weiterbearbeitung von sechs schon existierenden vorgesehen sind. Tatsache bleibt: Die jährliche Produktion sinkt.

Colom meint, dass der Vertrag dazu beitrage, die „wunderbare“ Biosphäre Maya zu erhalten. Die Regierung habe sich nicht für einen Öl-Vertrag entschieden, sondern für das Leben und die Entwicklung. Das sieht die Umweltschutzorganisation CALAS, eine Partnerin der Christlichen Initiative Romero, nicht so. Ihr Vorsitzender Yuri Melini hat beim Verfassungsgericht Einspruch gegen die Vertragsverlängerung eingelegt. Der Vertrag widerspreche den nationalen Interessen und verletze Artikel 64 der Verfassung, welcher den Schutz der Nationalparks bestimmt. Der Einspruch wurde abgewiesen. Damit sieht CALAS die rechtlichen Mittel noch nicht ausgeschöpft, zumal es auch einen Passus im CAFTA-Freihandelsvertrag gibt, der explizit den Umwelterhalt zum wichtigen Ziel erklärt.

Rettung des Petén

Marcedonio Cortave von den ACOFOP-Waldgemeinden des Petén, ebenfalls Partnerin der Christlichen Initiative Romero, ist erbost über die Vertragsverlängerung: „Klar, dass die Bürgermeister entlang der Pipeline ihre Gemeindekassen füllen können und deshalb die Entscheidung gutheißen. Aber der Tropenwald Petén ist die größte Waldsenke Mittelamerikas und die fünftgrößte Lunge der Welt. Der Hunger nach Öl in der Welt, der Durst nach Staatseinnahmen in Guatemala scheinen nicht zu stillen zu sein“, kritisiert er. ■

Die Toten klagen an

Der Elektronikriese Foxconn, ein Partner der Metro-Gruppe, tritt weltweit Arbeitsrechte mit Füßen. Die Folge: eine Suizidserie unter ArbeiterInnen. Proteste auf der Metro-Aktionärsversammlung und vor Saturn-Märkten machten auf den Skandal aufmerksam.

TEXT: SANDRA DUSCH SILVA (CIR)

Die Metro-Gruppe, zu der auch Saturn und Media Markt gehören, startet derzeit mit Foxconn ein Joint Venture im Einzelhandel in Shanghai – eine strategische Partnerschaft. Mit Hilfe von Foxconn sollen

Elektronikmärkte nach dem Vorbild von Media Markt und Saturn in China aufgebaut werden. Auf der

diesjährigen Aktionärsversammlung der Metro-AG hakten VertreterInnen der Christlichen Initiative Romero zusammen mit zwei Gästen von der mexikanischen Menschenrechtsorganisation CEREAL, Rubenia Guadalupe Delgado Figueroa und Merejilda Peñaloza Mora, beim Vorstandschef Eckhard Cordes nach, ob in den Vertragsverhandlungen mit Foxconn auch Arbeitsrechte und Sozialstandards angesprochen wurden. „Geschäftsgeheimnis“, verlautbarte Cordes. Die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen.

Unerträglicher Druck

Foxconn beschäftigt weltweit 800.000 Menschen, in der chinesischen Sonderwirtschaftszone Shenzhen arbeiten 300.000 für den IT-Giganten. Allein in diesem Jahr nahmen sich zehn ArbeiterInnen das Leben, die die Arbeitsbedingungen nicht mehr ertragen konnten. Lange Ar-

beitszeiten, hoher Druck, niedrige Bezahlung, strenge Disziplin und schlechte Behandlung durch Vorgesetzte – so lauteten die Klagen der Beschäftigten. Bis zu 100 ArbeiterInnen schlafen gemeinsam in einem Saal mit Etagenbetten, isoliert in Wohn-

heimen auf dem Werksgelände. Ausbeuter-Gou, der Hon-Hai-Foxconn geternehmen Selbstmorden Wie, das bleibt offen.



„Foxconn ist kein betrieb“, so Terry Vorsitzende der Gruppe, zu der hört. „Das Unversucht aktiv, vorzubeugen.“

Die Elektronik-Discounter Media Markt und Saturn tragen mit ihrer Beschaffungs- und Marke-

SONY

tingstrategie sowie ihrer „Preiskampfpolitik“ zu den schlechten Arbeitsbedingungen in der globalen IT-Industrie bei. Eine Studie von CEREAL, die Rubenia Guadalupe Delgado Figueroa den AktionärInnen vorstellte, zeigt die Machenschaften von Foxconn am mexikanischen Standort Ciudad Juarez auf. Dort wurden mehr als 300 ArbeiterInnen entlassen, weil sie sich weigerten, exzessive Überstunden zu leisten. Am Produktionsstandort Guadalajara verstößt Foxconn gegen mexikanische Gesetze, indem es seine Ar-



MOTOROLA

beiterInnen zu Ketten-Kurzzeit-arbeitsverträgen nötig. Darüber hinaus wurden hier 50 ArbeiterInnen entlassen, ohne dass ihnen die gesetzlich vorgeschriebene Abfindung gezahlt wurde. ▶▶





Nokia. Sie fordert auch die EinkäuferInnen öffentlicher Einrichtungen zum Handeln auf. Zu den Forderungen gehören

- die Überarbeitung der Management-Methoden bei Foxconn, mit dem Ziel besserer Arbeitsbedingungen
- die Reformierung des Handelsmodells der Elektronikindustrie, so dass der globale Unterbietungswettbewerb der HerstellerInnen gestoppt wird
- die Ermöglichung der Gründung einer demokratisch legitimierten Gewerkschaft bei Foxconn
- ein existenzsichernder Lohn, so dass ArbeiterInnen nicht zu exzessiven Überstunden gezwungen sind.

Protest braucht Unterstützung

Kritische KonsumentInnen können die Proteste unterstützen, indem sie auf der CIR-Website die Online-Petition unterschreiben, die SA-

COM initiiert hat.

Der Vorstandsvorsitzende von Foxconn, Terry Gou, hat die schockierenden Ereignisse folgendermaßen kommentiert: „Nur weil das Unternehmen bereit ist, die Familien der Opfer großzügig zu entschädigen, kommt es zu diesen Selbsttötungen.“

Gedenkaktion vor Saturn

Mit einer Protestaktion vor dem Saturn-Markt am Alexanderplatz in Berlin gedachten AktivistInnen der Opfer der Selbstmordserie und wiesen auf die menschenverachtenden Zustände beim chinesischen Elektronikhersteller Foxconn hin. Vor dem Eingang des Marktes wurden Kerzen und Blumen als Symbol für die Suizidopfer und die ArbeiterInnen niedergelegt. Zu dem Gedenktag hatte die chinesische Arbeitsrechtsorganisation SACOM gemeinsam mit anderen PartnerInnenorganisationen in Hongkong aufgerufen. Die CIR unterstützt die Forderungen von SACOM an Foxconn und Markenfirmen wie Apple, Sony, Motorola, Hewlett Packard und



Die Veröffentlichung des Infodienstes wurde mit Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein die CIR verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.

Schweigen im Beschaffungs-Wald

Der Wille ist vorhanden, aber bei der Umsetzung hapert es: Eine Umfrage zur öko-fairen Beschaffung bei der größten Konsumentin im Land, der öffentlichen Hand, fördert ernüchternde Ergebnisse zutage.

TEXT: JOHANNA FINCKE (CIR)

Weiter denken macht Schule: Zahlreiche Kommunen haben bereits einen Beschluss zur Einhaltung grundlegender Arbeitsrechte bei der öffentlichen Beschaffung von Produkten gefasst. Allein in den letzten neun Monaten ist die Zahl von 151 auf 183 gestiegen. Über die Hälfte dieser Kommunen liegen in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Rheinland-Pfalz. Schlusslichter sind Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen.

Als politisches Signal scheint die Kampagne für eine faire Beschaffung, an der auch die Christliche Initiative Romero beteiligt ist, erfolgreich. Aber wichtige Fragen bleiben: Werden die Beschlüsse umgesetzt? Und wenn ja, welche Nachweise werden verlangt? Die CIR hat hierzu 14 nordrhein-westfälische Kommunen befragt. Das Ergebnis ist ernüchternd: Vier haben geantwortet, davon drei mit einem ausgefüllten Fragebogen. Die Stadt Köln hat den Fragebogen nicht zurückgeschickt, aber immerhin schriftlich mitgeteilt, dass „die Stadtverwaltung Anfang 2009 ein Konzept zur Einführung einer ‚Fairen Vergabe‘, einschließlich der Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen, entwickelt“ hat. Bevor dieser Beschluss



„umfassend eingeführt“ werden soll, hat die Umsetzung des Konjunkturpakets II Vorrang. Ab Herbst dieses Jahres will Köln dann Pilotprojekte starten, um den Beschluss umzusetzen.

Keine Kinderarbeit in Vietnam

In dem von der Stadt Münster ausgefüllten Fragebogen wird deutlich, dass nur eines der insgesamt über 15 als gefährlich eingestuften Produkte, die unter Einhaltung sozialer Kriterien beschafft werden sollen, tatsächlich fair eingekauft wurde – mit einem zweifelhaften Nachweis: Beim Einkauf von Steinen aus Vietnam für die Gestaltung eines Platzes wurde der deutsche Botschafter in Hanoi angerufen. Der bestätigte dem Einkäufer, dass es in Vietnam keine Kinderarbeit gebe beziehungsweise dass diese verboten ist.

Ausbeutung im Schichtbetrieb – die öffentliche Hand könnte sie beenden.



Das Beispiel Münster macht zwei Defizite hinsichtlich einer öko-fairen Beschaffung deutlich: Wer überprüft die Umsetzung eines Beschlusses? Und welche Nachweise werden von den Unternehmen verlangt?

Alibi Bietererklärung

Viele Kommunen arbeiten überwiegend mit sogenannten Bietererklärungen. Meist verlangen sie per Ankreuzverfahren eine dreistufige Erklärung: Entweder legt der Unternehmer eine unabhängige Zertifizierung vor, oder er versichert, dass keine Kinderarbeit im Herstellungsprozess stattgefunden hat, oder er kann es nicht versichern und erklärt sich verbindlich zu sogenannten zielführenden Maßnahmen bereit, um Kinderarbeit zu beseitigen.

Zu Recht kritisiert Herbert Summa, Richter am Oberlandesgericht Koblenz, diese Verfahrensweise als Alibimaßnahme: Wenn nur Eigenerklärungen gefordert werden, so der Jurist kürzlich im *Behörden-Spiegel*, habe „ja der die meisten Chancen, der am skrupellosesten lügt“.

In Bezug auf Arbeitsrechte und politisch sinnvoll wäre eine Wertung der Bietererklärung. Juristisch gesehen ist dies aber nicht möglich. Egal was der Unternehmer ankreuzt, er wurde ohnehin schon ausgewählt. Die Erklärung tritt erst nach Zuschlag

in Kraft, ist ein zusätzlicher Vertrag im Rahmen der Auftragsausführung. Das bedeutet auch: Grundlage des

Zuschlags war wie immer – Geiz ist geil – das billigste An-

gebot, nicht die Einhaltung sozialer Kriterien.

Auch Sanktionen bei Falschangaben hat der Unternehmer nicht zu befürchten: Möglich ist eine Vertragsstrafe nur, wenn ihm nachgewiesen werden kann, dass er wissentlich falsch angekreuzt hat. Doch welcher Beschaffer kann nachweisen, dass haargenau der Bauarbeiterschuh unter Verletzung von Arbeitsrechten hergestellt wurde, den sein Kollege vom Tiefbauamt trägt?

Kontrolle?

Die CIR versucht nicht nur, mit der Kampagne „Jede Kommune zählt“ die Bevölkerung in weiteren deutschen Kommunen für die Notwendigkeit einer öko-fairen Beschaffung vor Ort zu sensibilisieren, sondern sie erarbeitet darüber hinaus gemeinsam mit JuristInnen und ExpertInnen Wege für eine effektivere Kontrolle und Nachweispflicht. Inwiefern von Kommunen und Ländern ein Zertifikat mit hohen Standards – zum Nachweis, dass die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingehalten werden – verbindlich eingefordert werden kann und – sofern der Bieter dies nicht gewährleistet – eindeutige und klare zielführende Maßnahmen als zweite Option einer Bietererklärung infrage kommen, ist Gegenstand eines juristischen Kurzgutachtens, das die Christliche Initiative Romero in Auftrag gegeben hat.

Wenn Unternehmen einsehen, dass es für sie einfacher ist, sich unabhängig zertifizieren zu lassen, als falsche Angaben zu wagen oder anstrengende zielführende Maßnahmen nachzuweisen, werden sich die Arbeitsbedingungen in den Ländern des Südens erheblich verbessern. Darüber hinaus würden auch den vor Bürokratie erstickenden kommunalen BeschaffereInnen etwaige Recherchereisen in Produktionsländer erspart.



Die Veröffentlichung des Infodienstes wurde mit Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein die CIR verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.



Derzeit stehen in zahlreichen Bundesländern Reformen der Vergabegesetze an. Neue Gesetze in Berlin und Bremen zeigen, dass neben Tariffreue- und Mindestlohn-Regelungen auch ökologische Kriterien sowie die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO berücksichtigt werden können. Noch findet man solche Best-practice-Beispiele nur in den Stadtstaaten, mit der neuen Regierung in NRW soll nun aber auch ein Flächenstaat zum Vorreiter der FAIRgabe werden.

Reformen auf dem Plan

Landesvergabegesetze sind ab einer bestimmten Summe verbindlich für Kommunen. So ist es nicht verwunderlich, dass nur ein halbes Jahr nach der Bekanntgabe des bremischen Landesvergabegesetzes das erste deutsche Arbeitsbekleidungsunternehmen den mutigen Schritt zu einer klaren, eindeutigen Zertifizierung gegangen ist: „Feel the difference“ („Fühle den Unterschied“) lautet der Werbespruch der Bierbaum-Proenen GmbH & Co. KG, eines in

Köln ansässigen Traditionsunternehmens. Seit kurzem besteht Hoffnung, dass auch die Näherinnen in Nordafrika und Asien in den Genuss der Einlösung des Webeslogans kommen: Ende Juni 2010 sind Bierbaum-Proenen Mitglied in der Fair Wear Foundation geworden. Die in den Niederlanden ansässige Multi-Stakeholder-Initiative wartet mit dem weitestreichenden Verhaltenskodex am Markt auf. ■

Viele Städte in Nordrhein-Westfalen wurden durch die CIR-Umfrage auf Defizite in der Umsetzung ihrer Vergaberichtlinien aufmerksam gemacht und führen nun Pilotprojekte durch, die eine Umstellung auf öko und fair erleichtern sollen. Die Stadt Münster hat eingewilligt, im kommenden Jahr mit Unterstützung der Christlichen Initiative Romero faire Kleidung für die MitarbeiterInnen des Grünflächenamtes einzukaufen.

Licht ins Dunkel

Diese neuen Materialien leisten wertvolle Hilfe in Sachen öko-fairer Beschaffung:

- Die Werkmappe „Öko-soziale Beschaffung jetzt – ein Leitfadens für Initiativen“ bietet 40 Seiten Tipps zur fairen Beschaffung, informiert über die Beschaffung konkreter Produkte, liefert Musteranträge für den Stadt- oder den Gemeinderat, klärt auf mit einem Lexikon der FAIRgabe, nennt hilfreiche Kontakte und vieles mehr.
- Der Reader „Quo vadis, Beschaffung?“ für ExpertInnen und Interessierte enthält Muster-Bietererklärungen für Textilien und Computer, ein juristisches Kurzgutachten zur FAIRgabe sowie eine Zusammenfassung zum Stand der Landesreformen und Aktivitäten von Kommunen. Den Leitfaden können Sie telefonisch bei der Christlichen Initiative Romero (02 51- 8 95 03) bestellen. Den Reader können Sie ab Oktober im Internet unter www.ci-romero.de herunterladen.



**BITTE UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE KAMPAGNE
„JEDE KOMMUNE ZÄHLT“!**

DIE CHRISTLICHE INITIATIVE ROMERO IN ZAHLEN

Finanzbericht 2009

TEXT: DR. THOMAS BRÖCHELER

Mit 517.000 Euro Spenden verbuchte die Christliche Initiative Romero 2009 ein gutes Spendenergebnis. Es lag um 116.000 Euro höher als im Vorjahr, vor allem aufgrund der Spenden für die Opfer des Hurrikans Ida in El Salvador. Die Spenden enthalten 39.000 Euro für Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sowie 21.000 Euro Zuwendungen der Romero-Stiftung. An reinen Projektspenden hat die CIR 477.000 Euro eingenommen. Gegenüber dem Vorjahr sind Bankguthaben und Verbindlichkeiten abgebaut worden, da die entsprechenden kofinanzierten Projekte durchgeführt wurden und sich entsprechend auf höhere Ausgaben auswirkten. 192.000 Euro sind der CIR als Kofinanzierungsmittel zu-

geflossen und direkt an europäische PartnerInnenorganisationen in gleicher Höhe weitergeleitet worden.

Programme gegen Gewalt

Die eingegangenen Projektspenden 2009 wurden zur direkten Unterstützung unserer ProjektpartnerInnen in Mittelamerika und als einzubringender Grundstock für Kofinanzierungen größerer Projekte eingesetzt, darunter 315.000 Euro für das EU-Feminizid-Projekt (als Teil der Projektausgaben sonstige Länder). Für größere Projekte, die unsere ProjektpartnerInnen realisieren wollen und bei denen wir davon überzeugt sind, dass dies auch erfolgreich gelingen kann, hat die CIR zusätzliche Fördermittel von der Europäischen Union und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) sowie dem Weltgebetstag der Frauen eingeworben. Für die CIR von besonderer Bedeutung waren im letzten Jahr etwa 139.000 Euro vom BMZ für das Programm „Keine Gewalt gegen Frauen in Nicaragua“ sowie 45.000 Euro für berufsbildende Fördermaßnahmen für Frauen in El Salvador. Darüber hinaus erhielten wir von der EU 407.000 Euro für entwicklungspolitische Projekte zur öffentlichen Beschaffung, zu „decent work“, nachhaltigem Konsum und sozialer Unternehmensverantwortung, welche zusammen mit österreichischen sowie osteuropäischen PartnerInnenorganisationen durchgeführt werden.

In Nicaragua unterstützte die CIR mit 282.000 Euro vor allem Frauenorganisationen, so das Programm „Keine Gewalt gegen Frauen“ mit 134.000 Euro, die Organisation arbeitender Kinder (Club Infantil) mit 21.000 Euro, die Organi-

BILANZ (Vermögen)

Aktiv	31.12.2008	31.12.2009
Anlagevermögen	9.845	12.841
Warenbestand	18.168	22.565
Kasse	659	5163
Bankguthaben	720.658	458.1851
Forderungen	59.923	13.317
Summe	809.253	512.072
Passiv	31.12.2008	31.12.2009
Rücklagen	295.682	333.352
Rückstellungen	21.310	28.000
Verbindlichkeiten	492.261	150.719
Summe	809.253	512.072

sation von Missbrauchsoffern (Aguas Bravas) mit 19.000 Euro und das MEC zur Stärkung der Arbeiterinnen in den Bekleidungs-Maquilas mit 26.000 Euro. In El Salvador sind mit 218.000 Euro Frauen- und Maquilaprojekte sowie basisgemeindliche Ansätze gefördert worden, darunter etwa ORMUSA mit 50.000 Euro, die Jugendarbeit des Centro Bartolomé de las Casas mit 7500 Euro und die Basisgemeinden mit 6000 Euro. Die Auszahlungen an die Hurrikanopfer waren 10.000 Euro; sie zogen sich in 2010 hinein. In Guatemala wurden mit 83.000 Euro Landrechtsgruppen, indigene Organisationen und Frauenprojekte gefördert, wie beispielsweise die Organisation der Maquilaarbeiterinnen (AMES) mit 18.000 Euro, indianische Maya-Frauenorganisationen mit 18.000 Euro und Bauernorganisationen mit 5000 Euro. Insgesamt konnten 2009 von der CIR 44 PartnerInnenorganisationen in Mittelamerika unterstützt werden.

DZI-Siegel bestätigt

2009 wurden wieder eine Reihe von Publikationen erstellt und Veranstaltungen durchgeführt. Thematisch ging es dabei hauptsächlich um die Kampagne für Saubere Kleidung, faire Regelungen bei Beschaffungen durch öffentliche Einrichtungen, ethischen Konsum sowie um den Kodex der 4C-Kaffeekampagne. Der Schwerpunkt der insgesamt acht hauptamtlichen MitarbeiterInnen der CIR (zwei MitarbeiterInnen mehr als im Vorjahr) lag in der Kampagnen-, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, wo aufgrund der EU-Projekte mehr Energie und Mittel als 2008 einfließen. Für die zu erledigenden Verwaltungsarbeiten setzte die CIR 2009 etwa eineinhalb Stellen zur Administration der Spenden und Projekte ein. Nach den Kriterien des Deutschen Zentralinstituts für Soziale Fragen (DZI) entfallen 2009 von den Gesamtausgaben der CIR etwa 15 Prozent auf Werbe- und Verwaltungszwecke. Vor diesem Hintergrund wurde die CIR 2009 vom DZI geprüft und das DZI-Siegel bestätigt. ■

Dr. Thomas Bröcheler ist stellvertretender Vorsitzender der CIR.

Erträge	2008	2009
Spenden*	411.330	517.207
Zuschüsse/ Kofinanzierungen	706.396	1.225.932
Verkauf Materialien	16.338	19.198
Sonstige Erträge	28.888	47.796
Summe	1.162.953	1.810.133
Aufwendungen	2008	2009
Projektaufwendungen**	625.912	1.116.357
Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen:	424.211	507.261
- Personalkosten	185.247	257.583
- Sachkosten	238.964	249.677
Verwaltung und Spendenwerbung:	101.477	148.846
- Personalkosten	44.588	61.999
- Sachkosten	56.890	86.847
Summe	1.151.600	1.772.463
Ergebnis	11.353	37.670

*Angaben zu Spenden	2008	2009
Nicaragua	50.690	46.642
El Salvador	34.675	115.897
Guatemala	21.254	31.964
sonstige Länder	13.894	11.344
Öffentlichkeitsarbeit	38.437	39.687
ohne Angaben	252.380	271.673
Summe	411.330	517.207

**Projektaufwendungen	2008	2009
Nicaragua	336.752	282.892
El Salvador	168.494	218.342
Guatemala	87.392	83.314
sonstige Länder	33.273	531.809
Summe	625.912	1.116.357

Hungerlöhne im Visier

Hungerlöhne sind ein globales Problem. Eine neue Werkmappe der Christlichen Initiative Romero nimmt deshalb Löhne, die keine Existenz in Würde zu sichern vermögen, ins Visier. Sie spannt den Bogen von der Textilindustrie bis zur Produktion von Mobiltelefonen. Von Hungerlöhnen Betroffene kommen ebenso zu Wort, wie die Lohnsituation in verschiedenen Ländern und Regionen der Erde beispielhaft dargelegt wird. Weitere Darstellungen widmen sich dem Druck, der von internationalen Konzernen auf Zulieferbetriebe ausgeübt wird und der in Sachen Lohn für eine so gefährliche wie menschenfeindliche Abwärtsspirale sorgt. Ein Exkurs nimmt die politische Diskussion über einen Mindestlohn in Deutschland und das dubiose Geschäftsgebaren hiesiger Discounter unter die

Lupe. Alternative Ansätze, dem weltweiten Lohn-dumping zu begegnen, und verschiedene Aktionsvorschlägerunden die Darstellung ab.

Die Werkmappe „Im Visier: Hungerlöhne“ kann bei der Christlichen Initiative Romero bestellt werden (siehe Bestellschein).



IN EIGENER SACHE

Unser Computer ist so programmiert, dass Spendenquittungen alle drei Monate ausgestellt werden. Sollten Sie 14 Tage nach Quartalsende trotzdem nichts von uns gehört haben, melden Sie sich bitte bei uns. Unsere Verwaltungsarbeit wird erleichtert, wenn Sie Ihren Namen, Ihre Anschrift und den Verwendungszweck Ihrer Spende deutlich angeben. Eine weitere Erleichterung ist die Ausstellung von Einzugsermächtigungen bei DauerspenderInnen. Füllen Sie doch einfach dieses Formular aus und senden Sie es uns zu.

Einzugsermächtigung

Ich unterstütze die Arbeit der CIR mit einem Beitrag von _____ Euro

- einmalig 1/4 jährlich
 monatlich 1/2 jährlich

bis auf Widerruf beginnend am _____

- Verwendungszweck** Öffentlichkeitsarbeit
 Projektarbeit Projekt-/Öff.-Arbeit

Konto-Nr. _____

BLZ _____

Bank _____

Hiermit ermächtige ich die Christliche Initiative Romero e.V., den Betrag von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

BESTELLSCHEIN

Porto und Verpackung werden zusätzlich berechnet. Bei Bestellung von Plakaten bitte vermerken, ob wir sie gefaltet oder in der Rolle zuschicken sollen. Beachten Sie bitte, dass aus Platzgründen nicht alle Titel, die wir im Versand führen, in unserer presentie erwähnt werden. Das vollständige Verzeichnis unserer Materialien finden Sie unter www.ci-romero.de/material

Alle angegebenen Preise zzgl. Versandkostenpauschale

El Salvador, Nicaragua, Guatemala	Euro	Expl.
Romero-Zeitung: Zum 30. Jahrestag der Ermordung Oscar Romeros	gegen Porto	
CIR-Postkarte: Den Armen Recht verschaffen	gegen Porto	
Faltblatt: Die Romero-Stiftung – Den Armen eine Stimme geben	gegen Porto	
Plakat zum 30. Todestag Romeros	2,00	
Werkmappe Romero: Falsche Propheten gibt es genug	6,00	
CorA – Corporate Accountability		
Werkmappe: Keine Ausbeutung mit Steuergeldern!	3,00	
Protestpostkarte: Jede Kommune zählt! Faire Beschaffung in Ihrer Kommune	gegen Porto	
Aktionszeitung: Jede Kommune zählt! Faire Beschaffung in Ihrer Kommune	gegen Porto	
Werkmappe: Öko-soziale Beschaffung jetzt! Ein Leitfaden für Initiativen	3,00	
Aktionsplan: Für sozial-ökologische öffentliche Auftragsvergabe	3,00	
Kampagne für Saubere Kleidung		
Flyer: Made in Hell Neuaufgabe mit Aktionsmaterial KundInnenkarte und Kleiderhaken	gegen Porto	
Aktionszeitung: BrennPunkt Outdoor Image und Realität der Branche	gegen Porto	
Werkmappe: Im Visier: Hungerlöhne Warum Warum weltweit Menschen von ihrer Arbeit nicht würdig leben können	gegen Porto	
Werkmappe: Todsichke Kleidung – zu welchem Preis? Informationen zu den Produktionsbedingungen bei Aldi, Deichmann, C&A & Co.	5,00	
Report: Kassensturz Studie über Arbeitsbedingungen bei Aldi, Lidl und Kik	3,00	

Kampagne für Saubere Kleidung	Euro	Expl.
DVD: Nähen für den Weltmarkt Diareihe und Film (mit Begleittext) auf DVD	6,00	
DVD: Kleider machen Leute Jeweils 10-minütige Fernsehbeiträge	6,00	
DVD: Go Fair: Produktionsbedingungen in der Sportswearindustrie	6,00	
Kinder in Lateinamerika		
Werkmappe: Arbeitende Kinder achten statt Kinderarbeit ächten	6,00	
Werkmappe: Wir sind nicht das Problem, sondern Teil der Lösung	6,00	
DVD: Bin 10. Suche Arbeit.	6,00	
Kaffee-Kampagne		
Kaffee-Barometer 2009 Analyse der aktuellen Marktentwicklungen im Bereich Kaffee	3,00	
Werkmappe: Billiger Kaffee macht arm	6,00	
DVD: Kaffee, der schmecken sollte	6,00	
Literatur und Geschenkideen		
Zwei bunte Plakate naive Malerei Bauern lernen von Bauern	10,00	
Freundschaftsbändchen (ab 30 Stück á 1,30, ab 100 Stück á 1,00)	1,50	
Bleistifte: Die Hoffnung buchstabieren lernen	1,00	
Geknüpfte Fadenkreuze El Salvador (ab 100 Stück á 0,60)	0,80	
Bunte Holzkreuze mit biblischen Motiven, von Kooperativen der Basisgemeinden El Salvadors, versch. Größen 3 cm (Anhänger) á 3 Euro _____ Expl. 13 cm á 8 Euro _____ Expl. 20 cm á 10 Euro _____ Expl. 29 cm á 13 Euro _____ Expl.		

Name/Organisation

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Tel./Fax

**DKM Darlehnskasse
Münster
BLZ 400 602 65
Konto 3 11 22 00**

Christliche Initiative
Romero
Frauenstr. 7,
48143 Münster
Tel: 02 51 / 89 503,
Fax: 02 51 / 82 541

E-Mail: ci@ci-romero.de



Abenteuer... Ausbeutung... Arbeitsrechte!

IMAGE UND REALITÄT DER OUTDOOR-BRANCHE



Abenteuer

Kaum eine andere Branche konnte in den vergangenen Jahren derart starke Zuwachsraten erzielen wie die AnbieterInnen von Outdoor-Bekleidung. Marken wie Jack Wolfskin, The North Face oder Patagonia haben sich von reinen AusstatterInnen für Natur- und Abenteuer-Freunde zu HerstellerInnen angesagter Alltagskleidung entwickelt. Die meisten KäuferInnen setzen darauf, dass Outdoor-Kleidung sozial- und umweltverträglich produziert wurde. Die Wirklichkeit sieht jedoch häufig anders aus. Zwischen Image und Realität der Outdoor-Branche klafft oftmals eine skandalöse Lücke.

Ausbeutung

Rechercheergebnisse aus einem Zulieferbetrieb für Outdoor-Bekleidung in El Salvador belegen, dass ArbeiterInnen unter enormem Druck stehen, das tägliche Produktionsoll zu erreichen. Überstunden werden erzwungen, gewerkschaftliche Organisation wird im Keim erstickt. Der Lohn reicht nicht, um die Grundbedürfnisse der Familien zu sichern. Gezahlt wird lediglich der investorenfreundliche, staatlich geregelte „Mindestlohn“.

Was die Outdoor-Markenunternehmen für die Umsetzung von Sozialstandards leisten beziehungsweise zu leisten versäumen, zeigt die Studie der Kampagne für Saubere Kleidung: www.ci-romero.de/ccc_outdoorprofile2010/. Die Ergebnisse der Studie haben in den vergangenen Wochen für Schlagzeilen gesorgt.

Die Kampagne hat in den vergangenen Monaten eingehend Selbstbild und tatsächliches Geschäftsgebaren von 15 international tätigen Unternehmen der Outdoor-Bekleidungsbranche untersucht. Mit ernüchternden Resultaten. So treffen einige HerstellerInnen keinerlei Vorkehrungen für eine Mitbestimmung von ArbeiterInnen in solchen Produktionsländern, in denen Gewerkschaftsfreiheit nicht existiert. Wieder andere Unternehmen verzichten gänzlich darauf, sich für die Einhaltung von Arbeits- und Menschenrechten in der Herstellung ihrer Produkte zu engagieren. Löhne, die für ein Leben in Würde ausreichen, zahlen die HerstellerInnen in den allermeisten Fällen nicht. Auch Obergrenzen für Überstunden werden nicht branchenweit definiert – exzessiver Mehrarbeit in den Fertigungsstätten ist hierdurch Tür und Tor geöffnet.

Arbeitsrechte!

Um weiterhin aktiv für menschenwürdige Arbeitsbedingungen eintreten zu können, sind wir auf Ihre finanzielle Unterstützung angewiesen. **Helfen sie mit einer Spende unter dem Stichwort „Outdoor“.** Bankverbindung: Christliche Initiative Romero, Kto. 3 11 22 00, Darlehnskasse Münster (BLZ 40060265).